

REPORT

EU-Erweiterung: Großes Potenzial für Österreich



Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.

REPORT

Editorial	3
Konjunktur	
Österreich Konjunktur	4
BA-Konjunkturindikator	6
Internationale Konjunktur	7
Osteuropa Konjunktur	8
Branche: Maschinenbauindustrie	10
Finanzmarkt	
Finanzmarkt Ausblick	13
Themen	
EU-Erweiterung	14
Die Ökonomie des Donauraums	17
Investitionsleitfaden Serbien	19
Tabellen	
Österreich/International	20
Osteuropa	22

Die Autoren dieser Ausgabe:

- Mag. Stefan Bruckbauer.....Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Kurt FesselhoferMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Marianne KagerLeiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Walter Pudschedl.....Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Peter SchneidewindGeschäftsführer des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR)
- DI. Gabriele TatzbergerMitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR)
- Mag. Günter WolfMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt

Impressum: REPORT

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt
<http://www.ba-ca.com>
 E-Mail: inter.contact@ba-ca.com
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen; Produktion: Abteilung Group Public Relations
 Auskünfte: +43 (0) 50505/DW 41964 (Inhalt), +43 (0) 50505/DW 56137 (Produktion)
 Redaktionsschluss: 25.11.2002
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: AV-Druck, Faradaygasse 6, 1030 Wien;
 Design&Grafik: Horvath, Leobendorf
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichten Papier
 Titelfoto: Atelier Vince

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/ DW 56141,
 Fax: +43 (0) 50505/ DW 56149,
 E-Mail: pub@ba-ca.com



EU-Erweiterung im Mai 2004

Nach 15 Jahren Transformation scheint es geschafft zu sein

Die Erweiterung der EU in Richtung Osten ist ein weiterer großer Schritt zu einem wirtschaftlich wie politisch geeinten Europa. Die Bewunderung gehört beiden Seiten.

Der EU bzw. ihren Mitgliedstaaten, die die einmalige politische Chance wahrge- nommen haben, die Vereinigung Europas voranzutreiben.

Den Staaten Osteuropas, weil sie die Chancen wahr- genommen haben, die Bedin- gungen der EU (Kopenha- gener Kriterien) als Heraus- forderung angesehen und letztlich mit großen Anstren- gungen auch erfüllt haben.

Es wäre zu viel verlangt, würde man erwarten, dass nach fünfzehn Jahren des politischen und wirtschaft- lichen Umbaus von Diktatur zu Demokratie und von Plan- wirtschaft zu Marktwirtschaft alles perfekt wäre, und alle Ziele schon erreicht wären. Dennoch, man kann es nicht oft genug betonen, ist die Leistung der osteuropäischen Nachbarstaaten eine gewal- tige gewesen und das, was wir in Zukunft von ihnen verlangen, wird nicht minder anspruchsvoll sein. Ange- sichts der Situation zu Beginn der Transformationszeit ist es fast unglaublich, was in den letzten Jahren geschaffen wurde. In keiner Entwick- lungsregion der Welt ist in den letzten Jahren das Wohl-

standsniveau so stark ange- stiegen wie in Osteuropa. Die Staaten Mittelosteuropas konnten zwischen 1997 und 2002 ihr Wohlstandsniveau – gemessen in US \$ – um 28 % steigern. Im Vergleich dazu sank das Wohlstandsniveau in Südamerika im selben Zeit- raum um ganze 13 Prozent. Das kann natürlich nicht über die Tatsache hinwegtäu- schen, dass die neuen Mit- gliedstaaten im Durchschnitt bedeutend „ärmer“ sind, als die EU es ist. Selbst an Kauf- kraftparitäten gemessen er- reicht das Pro-Kopf-Einkom- men in Osteuropa im Durch- schnitt lediglich 40 % des EU-Durchschnittes. Aber auch hier ist zu sagen, Einkom- mensunterschiede sind in der EU nichts Neues und ferner verdeckt die Durchschnittsbe- rechnung, dass es sehr wohl schon relativ reiche Regionen in Osteuropa gibt. So ist z.B. das Einkommen in Kaufkraft- paritäten in Prag um 75 % höher als in Chemnitz oder um 60 % höher als im Bur- genland; in Ljubljana doppelt so hoch wie in Epirus, der ärmsten Region der EU.

Die Stabilisierung der Wirtschaften Osteuropas wurde aber auch von der in- ternationalen Wirtschaft anerkannt. Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen von faktisch Null im Jahre 1990 auf 140 Mrd. € im Jahr 2002. Es gibt keine Region der Welt, die in den letzten Jahren gemessen an seiner

Wirtschaftskraft und Größe so viele Auslandsinvestiti- onen angezogen hat wie die Staaten Mittelosteuropas. Die Auslandsinvestitionen betru- gen in Tschechien in diesem Zeitraum fast 10 Prozent des BIPs, in der Slowakei ca. 8 %, in Lettland und Litauen mehr als 6 % u.s.w. Selbst China, von dem man bislang an- nahm, dass es der attraktivste Boden für Investoren wäre, hat in diesem Zeitraum ledig- lich 5,5 % seines BIP pro Jahr an Auslandsinvestitionen an- gezogen.

Es ist zu erwarten, dass auch nach 2004, dem Jahr der Erweiterung, der notwen- dige weitere Strukturwandel und Anpassungsprozess in den neuen Mitgliedstaaten nicht einfach wird. Die He- rausforderung besteht insbe- sondere darin, die weitere In- tegration voranzutreiben und meines Erachtens weniger in der Frage „Was kostet das alles?“ und „Wie hoch sind die Transfers?“.

Und diese Rechnung geht zudem bisher und auch in den nächsten Jahren sicher- lich zugunsten des Westens aus. Österreich ist hierfür ein gutes Beispiel. Seit der Ostöffnung haben wir mit diesen Ländern einen Han- delsbilanzüberschuss von 15 Mrd. € erwirtschaftet. Österreichs Wirtschaft wäre im letzten Jahrzehnt bedeu- tend langsamer gewachsen, wäre es uns nicht geglückt, nach Osteuropa unsere Ex-

porte um 600 % zu steigern, im Vergleich dazu betrug der Zuwachs im Rest der Welt 160 %. Und folgt man den Zahlen des Wirtschaftsfor- schungsinstitutes, so wird die Osterweiterung 2004–2006 für jeden Österreicher ein Wohl- standsplus von 125 € pro Jahr bringen. Dagegen sind die Kosten der Erweiterung, d.h. die tatsächlich in diesen Jah- ren 2004–2006 fließenden Transfers minus den Beiträ- gen der neuen Mitgliedstaa- ten mit 10 € pro EU-Bürger gering; ein, verglichen mit den positiven Effekten, in Österreich wohl eher be- scheidener Beitrag.

Aber letztlich sollte es nicht nur um die Aufrech- nung von positiven und nega- tiven Beiträgen gehen. Ein vereintes Europa war, ist und bleibt eine gemeinsame Kraft- anstrengung, die seinen Preis hat. Letztlich zählt der lang- fristige Erfolg eines vereinten Europas und nicht, was tem- porär jener zahlt und der an- dere bekommt. Große Ideen können schließlich nur mit einer gewissen Großzügigkeit realisiert werden, ansonsten vertrocknen sie frühzeitig.



Keine stärkere Brise in Sicht

Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2002 und 2003

Die österreichische Wirtschaft kommt aus ihrer Flaute nicht heraus. Das Brutto-Inlandsprodukt wird 2002 mit +0,7% (real) genau so schwach wie 2001 zunehmen und auch für 2003 wird nur mit einem geringen Wachstum von 1,4% gerechnet.

Die Hoffnung auf eine rasche Erholung der österreichischen Wirtschaft nach der milden und vor allem kurzen Rezessionsphase des Jahres 2001 wurde bereits im 1. Halbjahr 2002 nicht erfüllt. Die BIP-Zuwächse waren zwar positiv, aber sie lagen nur knapp über Null.

Und das dritte Quartal 2002 wurde durch die verheerenden Hochwasserschäden gedämpft.

Österreichs Wirtschaft ist außerordentlich stark von der internationalen Konjunktur-entwicklung abhängig. Der Anteil der Exporte im weiteren Sinn (also Warenexporte zuzüglich Dienstleistungsexporte, wie zum Beispiel Fremdenverkehr) am BIP betrug 2001 immerhin fast 54 %!

Die Wirtschaft im Euro-raum ist weiterhin von einer weit verbreiteten Schwäche geprägt. Insbesondere die Haupthandelspartner Österreichs – vor allem Deutschland, aber auch Italien, Frankreich, Niederlande und Belgien – werden heuer im Jahresdurchschnitt nur ein Wirtschaftswachstum zwischen 0,3 und 0,9 % (real) erreichen können. Konnte die österreichische Wirtschaft in der Vergangenheit aufgrund

der starken Verflechtung mit dem Ausland von der guten Konjunktur-entwicklung profitieren, wirkt sich nunmehr auch die Schwäche der Weltwirtschaft entsprechend negativ auf die Entwicklung des heimischen BIP aus.

Hinzu kommt, dass auch von den Inlandskomponenten kein Wachstumsimpuls ausgeht. Offensichtlich aus Mangel an optimistischen Zukunftsperspektiven werden Investitionen – vor allem im Ausrüstungsbereich – nur äußerst zurückhaltend vorgenommen und auch der private Konsum zeigt eine sehr schwache Entwicklung.

Auch für das 4. Quartal 2002 ist mit keiner umfassenden Verbesserung zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich daraus ein Wachstum von nur 0,7 % (real).

2003 wird die Weltwirtschaft – mit Ausnahme der Konjunktur in Osteuropa, die sich äußerst robust darstellt – ebenfalls kaum Dynamik zeigen, sondern sich vielmehr nur zögernd erholen.

Die Wachstumsimpulse des Auslandes sind aufgrund dieser schwachen weltwirtschaftlichen Vorgaben auch in diesem Jahr entsprechend gering für die österreichische Wirtschaft.

Von den Inlandskomponenten sollten nur die Investitionen und die Exporte wieder deutlicher zulegen können. Der öffentliche Konsum wird ein geringes Wachstum aufweisen und der private Konsum wird nur etwas stärker als 2002 zunehmen.

Aufgrund dieser Voraussetzungen kann für den Jah-

resdurchschnitt 2003 nur mit einem Wachstum von 1,4 % (real) gerechnet werden.

Ausgeglichene Handelsbilanz

Die österreichische Handelsbilanz spiegelt die Schwäche der Weltwirtschaft und der Inlandskonjunktur deutlich wider. Sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte wachsen im Jahr 2002 wesentlich schwächer als in den Vorjahren.

Die Warenexporte stiegen nominell im Jahr 2001 um 6,5 %, in der Periode Jänner bis August 2002 hingegen nur mehr um 2,9 %. Die bereits erwähnte Konjunkturschwäche der wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU zeigt sich auch deutlich an den Exportzahlen: Exporte nach Frankreich gingen im

Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	1999	2000	2001	BA-CA Prognose November 2002	
				2002	2003
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,7	3,5	0,7	0,7 =	1,4 =
Privater Konsum	2,4	3,3	1,5	0,4 =	1,4 =
Bruttoinvestitionen	4,2	2,9	-4,0	-3,5 +	3,0 +
Ausrüstungsinvestitionen	4,9	11,8	-2,9	-5,2 =	3,7 =
Bauinvestitionen	0,0	1,2	-1,5	0,1 +	2,3 =
Exporte im weiteren Sinn	8,5	13,4	7,4	2,5 =	6,4 =
Importe im weiteren Sinn	9,0	11,6	5,9	-0,4 =	7,0 +
Leistungsbilanzsaldo					
(in Mrd. EUR)	-6,3	-5,4	-4,7	-2,0 +	-2,5 +
(in % des BIP)	-3,2	-2,6	-2,2	-0,9 +	-1,1 +
Verbraucherpreisanstieg (%)	0,6	2,3	2,7	1,8 =	1,6 =
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	3,9	3,7	3,6	4,1 =	4,0 =
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	6,7	5,8	6,1	7,1 =	6,9 =

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

Zeitraum Jänner bis August 2002 gegenüber demselben Zeitraum 2001 um 0,8 % zurück und nach Belgien sogar um 9,4 % (alle Werte nominell). Immerhin stiegen – trotz ungünstiger Wirtschaftsdaten – die Exporte nach Italien um 1,6 % und in die Niederlande um 4,9 %. Die Exporte nach Deutschland stiegen nur um 0,5 %. Per saldo betrug die Steigerung der Warenexporte im Betrachtungszeitraum nominell nur 1,1 %.

Nach wie vor hoch sind die Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), wo eine Zunahme um 7,8 % registriert werden konnte.

Ungarn, jenes MOE-Land, das die meisten österreichischen Waren importiert, verzeichnete im Zeitraum Jänner bis August 2002 eine Steigerung um 2,8 %, die Tschechische Republik (Platz 2) nur um 0,8 %, Slowenien (Platz 3) um 6,2 % und Polen 6,6 %. Die übrigen MOE-Länder verzeichneten fast durchwegs zweistellige Steigerungsraten.

Für das Gesamtjahr 2002 rechnen wir mit einem deutlich geringeren Zuwachs der gesamten Warenexporte als im Jahr 2001. Real werden die Warenexporte nur um 3,0 % zunehmen – gegenüber 7,4 % im Jahr 2001.

Die Entwicklung der nominellen Warenimporte zeigt hingegen für den Beobachtungszeitraum Jänner bis August 2002 einen Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres in Höhe von 4,0 %. Erfreuliches „Nebenergebnis“ dieser Entwicklung: In den ersten acht Monaten des Jahres 2002 erreichte Österreich eine ausgeglichene Handelsbilanz.

Im Jahresdurchschnitt 2002 erwarten wir einen

realen Rückgang der Warenimporte in Höhe von 1,1 % (2001: +4,9 %).

Für 2003 rechnen wir mit einer etwas stärkeren Dynamik, sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen. Da die Weltwirtschaft in diesem Jahr allerdings noch keine grundlegende Trendwende erfahren, sondern nur einen etwas höheren Zuwachs als 2001 erreichen wird, wird die Steigerung der Warenexporte mit 6 % (real) deutlich geringer als in den Jahren vor 2001 sein. Bei den Warenimporten wird mit einer Steigerung um 6,2 % gerechnet, insgesamt gehen vom Außenhandel damit weniger Impulse aus.

Ausrüstungs- investitionen: massiver Rückgang

Der Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen, der im letzten Jahr einsetzte, hat sich 2002 in verstärktem Ausmaß fortgesetzt. Für die Vornahme umfangreicherer Investitionen mangelt es der Industrie an ausreichendem Vertrauen in die zukünftige Entwicklung.

Als Folge dieser schwachen Investitionstätigkeit werden 2002 die Ausrüstungsinvestitionen um 5,2 % (real) gegenüber dem Vorjahr niedriger sein. Damit sinken zum zweiten Mal hintereinander (2001: -2,9 %) die Ausgaben in diesem Bereich.

Für 2003 rechnen wir mit einem Zuwachs in einer Größenordnung von etwa 3,7 % (real). Ein Grund für Euphorie besteht aber dennoch nicht, da dieses Wachstum den Rückgang im laufenden Jahr nicht egalisieren kann. Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen werden damit noch immer deutlich unter jenen des Jahres 2000 liegen.

Leichte Erholung am Bau

Der Konjunkturreinbruch hat im Vorjahr die Bauwirtschaft besonders stark getroffen, der Rückgang der Bauinvestitionen erreichte real ein Minus von 1,5 %. Für das laufende Jahr kann nunmehr eine Stabilisierung der Bauwirtschaft angenommen werden. Vor allem im Tiefbau hat sich die Situation verbessert. Die Wiederaufbauarbeiten nach der Flutkatastrophe im Sommer wirken sich günstig auf die Bauinvestitionen aus. Für den Jahresdurchschnitt 2002 wird mit einer leichten Zunahme (+0,1 %, real) der Bauinvestitionen gerechnet.

Die Aufwärtstendenz sollte auch 2003 anhalten und zu einem Plus in Höhe von 3,7 % führen. Damit werden die Bauinvestitionen aber trotzdem nur etwas höher als im Jahr 2000 sein.

Konsum ohne Dynamik

Im ersten Halbjahr 2002 war die private Nachfrage äußerst schwach – eine ähnliche Entwicklung wurde zuletzt 1997 verzeichnet. Eine Beschleunigung der Nachfrage kann in den letzten Monaten des Jahres 2002 erwartet werden (erhöhte Nachfrage im Zusammenhang mit Ersatzanschaffungen aufgrund der Hochwasserschäden), per saldo bleibt die Dynamik des privaten Konsums aber äußerst schwach. Für den Jahresdurchschnitt kann nur mit einem Zuwachs von 0,4 % (real) gerechnet werden.

2003 sollte sich die private Nachfrage besser als im laufenden Jahr entwickeln. Der im Vergleich zu 2002 etwas beschleunigte Konjunkturverlauf sollte sich positiv auf die Kaufkraft auswirken und den privaten Konsum um 1,4 % (real) ansteigen lassen.

Inflation bleibt niedrig

Die Steigerungsrate der Verbraucherpreise lag im Oktober bei 1,8 %. Dieser Wert bestätigt unsere Annahme, dass im Jahresdurchschnitt die Inflation 1,8 % betragen wird. Die Preissteigerungen basieren hauptsächlich auf den Preiserhöhungen im Dienstleistungsbereich.

Aufgrund der schwachen Entwicklung der Weltwirtschaft kann auch für 2003 mit einer geringen Preisaufrichtung gerechnet werden. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einem Wert von 1,6 %.

Arbeitslosigkeit stark gestiegen

Die Arbeitsmarktsituation verzeichnete 2002 im Vergleich zum Vorjahr eine massive Verschlechterung.

Die Zunahme der Beschäftigung geht nur schwach voran und für 2002 rechnen wir im Jahresdurchschnitt nur mit einer Steigerung in Höhe von 0,2 %. Erschwerend kommt hinzu, dass der Beschäftigungsanstieg im Wesentlichen auf die Zunahme der KarenzurlaubereInnen zurückzuführen ist. Bei Ausklammerung dieser Gruppe ist die Beschäftigung bereits seit Jahresbeginn rückläufig.

Auch 2003 wird der Zuwachs nur 0,2 % betragen.

Noch wesentlich schlechter stellt sich die Situation im Bereich der Arbeitslosigkeit dar. Die Arbeitslosenzahlen liegen 2002 deutlich über den Vergleichswerten des Vorjahres und für den Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einer Arbeitslosenquote von 7,1 % (AMS-Definition) bzw. 4,1 % (Eurostat-Definition).

Da 2003 vom Konjunkturverlauf her mit keiner wesentlichen Entlastung für den Arbeitsmarkt gerechnet werden kann, wird sich die Arbeitslosenquote nur geringfügig auf 6,9 % bzw. 4,0 % reduzieren. ■

BA-CA Konjunkturindikator für Österreich

Erholung kommt nicht vom Fleck

- ◆ **Konsum- und Industriestimmung in Österreich verbessert**
- ◆ **Weltweit jedoch wieder Stimmungsverschlechterung**
- ◆ **Auslandsnachfrage dämpft Österreich 2003**

Der BA-CA Konjunkturindikator für Österreich hat sich im Oktober erneut leicht verbessert. Allerdings ist die Verbesserung auch im Lichte der starken Verschlechterung der Konsumentenstimmung im August (Hochwasser) zu sehen. Insgesamt liegt der Indikator so hoch wie zu Beginn des Sommers. Überraschend ist jedoch die Stimmungsverbesserung bei Österreichs Industrie.

Diese Stimmungsverbesserung ist nach unserer Meinung vor allem auf die Erho-

lungstendenzen der Weltwirtschaft des ersten Halbjahres zurückzuführen. Parallel dazu konnte Österreichs Industrie im ersten Halbjahr wieder Produktionszuwächse verzeichnen. Allerdings hat sich diese Entwicklung inzwischen korrigiert. Wir befürchten, dass sich die Stimmung in Österreichs Industrie in den nächsten Monaten wieder verschlechtert.

Hintergrund dieser pessimistischen Sicht ist die aktuelle Entwicklung in den wichtigsten Absatzmärkten Österreichs. In allen wichtigen Absatzmärkten hat sich die Stimmung der Industrie seit dem Sommer wieder deutlich verschlechtert. Dies gilt noch mehr für die Stimmung der Verbraucher in Österreichs Absatzmärkten. Die Stim-

mung der Industrie in Österreichs Absatzmärkten ist heute genauso schlecht wie kurz vor dem 11. September, die Stimmung der Verbraucher sogar so schlecht wie nach dem 11. September.

Besonders ausgeprägt ist die Stimmungsverschlechterung bei den Konsumenten in den USA und bei der deutschen Industrie. Beide waren in der Vergangenheit wichtige Impulsgeber für die Weltwirtschaft und Österreich. Dazu kommt, dass sich nach unserer Meinung die Stimmung der Verbraucher in Deutschland angesichts der angekündigten Maßnahmen bei Steuern und Abgaben wieder deutlich verschlechtern wird. Nach unseren Schätzungen kosten die Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland

dem Euroraum und auch Österreich 2003 rund ein halbes Prozent Wachstum.

Die einzige wichtige Absatzregion Österreichs, die derzeit eine Stimmungsverbesserung erlebt, sind die EU-Kandidatenländer. Insgesamt bleiben aber die Nachfrageimpulse aus dem Ausland bescheiden. Gewichtet nach der Bedeutung für Österreichs Wirtschaft wird sich die Weltwirtschaft nächstes Jahr nur von 1,2 % auf 1,6 % beschleunigen. Angesichts des starken Beginns 2002 bedeutet dies in vielen Regionen jedoch sogar eine Verlangsamung.

Angesichts der weltwirtschaftlichen Vorgaben bleiben wir auch für das Wachstum in Österreich 2003 pessimistisch. Eine etwas stärkere Binnenkonjunktur und die robuste Osteuropakonjunktur erlauben uns etwas über dem Euroraumschnitt zu wachsen. Nach 0,7 % heuer bedeuten 1,4 % 2003 zwar eine Wachstumsverdoppelung, Österreich bleibt aber weiter unter seinem Wachstumspotenzial. Erst gegen Ende 2003 erwarten wir eine Wachstumsbeschleunigung. ■

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

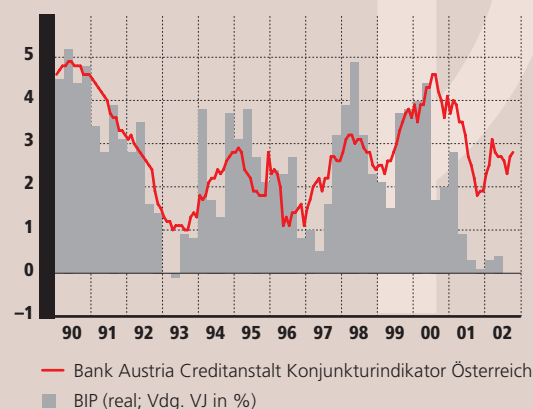
Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

- ◆ das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),

- ◆ das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),
- ◆ das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),
- ◆ das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur international

Unsicherheit bleibt

Trotz leichter Wachstumsbeschleunigung im dritten Quartal deutet die Stimmung auf eine weitere Konjunkturabschwächung hin.

USA

Die US-Wirtschaft legte im dritten Quartal wieder an Tempo zu. Das Wachstum stieg auf über 3 % im Vergleich zum Vorquartal (auf Jahresbasis), nachdem es im zweiten Quartal unter 1,5 % geblieben war. Auch die Wachstumsrate im Vergleich zum Vorjahr stieg auf 3 %, der höchsten seit Ende 2000. Trotz dieser beachtlichen Beschleunigung bleibt die weitere US-Konjunkturentwicklung mit einem großen Fragezeichen versehen.

Das starke Wachstum im dritten Quartal war nur von der Nachfrage der privaten Haushalte getragen. Alle anderen Nachfragebereiche konn-

ten zum Wachstum keinen wesentlichen Beitrag leisten. Die Investitionen waren zwar erstmals seit zwei Jahren nicht mehr rückläufig, mehr als eine Stagnation konnte jedoch nicht festgestellt werden. Auch die stagnierenden Lager zeigen, dass das Vertrauen in einen stabilen Aufschwung derzeit gering sind.

Allerdings sind es vor allem die aktuellen Stimmungsindikatoren, die die Skepsis über die weitere Entwicklung nähren. Sowohl die Industrie- und noch mehr die Verbraucherstimmung hat sich in den letzten Wochen deutlich verschlechtert. Die Stimmung in der Industrie ist nun nurmehr unwesentlich besser als kurz vor dem 11. September, die Stimmung der Konsumenten nicht nur deutlich schlechter als vor dem 11. September 2001, sie ist sogar unter den Wert nach dem 11. September gefallen.

Dies lässt für den wesentlichen Wachstumsmotor der USA, die private Nachfrage, in den nächsten Monaten eine sehr schwache Entwicklung erwarten. Die Fed hat auch bereits durch eine Senkung der Leitzinsen reagiert.

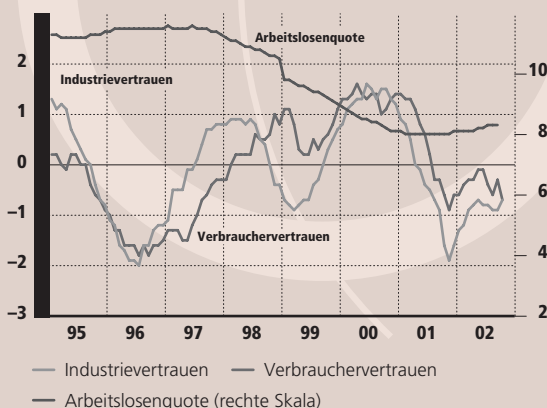
Euroraum

Die Entwicklung im Euroraum ist weiterhin durch die Konjunkturschwäche in Deutschland geprägt. Zwar konnte die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal mit knapp über 1 % verglichen mit dem Vorquartal (auf Jahresbasis) ein relativ gutes Ergebnis erzielen, allerdings deutet der Ifo-Index und andere Stimmungsindikatoren für die Industrie auf eine erneute Abschwächung hin. Auch die Verbraucherstimmung liegt, nach einer kurzen Erholung im September, nun wieder so tief wie Ende

2001. Ähnliches gilt für den gesamten Euroraum.

Damit ist mit keiner Belebung der Wirtschaft im Euroraum zu rechnen. Erschwerend kommt nun noch das Sparpaket in Deutschland dazu, das etwa ein halbes Prozent Wachstum kosten wird. Die US-Wirtschaft wird ebenfalls keine Impulse setzen können. So reduzierte der Außenbeitrag in den USA (Exportdynamik minus Importdynamik) im dritten Quartal 2002 erstmals seit Ende 1999 (außer im ersten Quartal 2001) nicht das Wachstum. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Konjunkturdynamik in den USA nicht mehr höher als in den Handelspartnern ist. Unterstützt wird dies auch durch den schwächeren USD bzw. stärkeren Euro. Die Wirtschaft im Euroraum kommt damit in den nächsten Monaten zumindest einer Stagnation gefährlich nahe. ■

Konjunktur Euroraum



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur USA



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunkturüberblick Mitteleuropa

Verschärfung der Budgetlage

Die Wirtschaftsdynamik in Mitteleuropa wird weiterhin von der kräftigen Binnenkonjunktur getragen. Hohe Lohnsteigerungen und eine rege öffentliche Investitionstätigkeit verursachten in einigen Ländern jedoch eine Anspannung der Budgetlage. Um auf den Weg nach Maastricht voranzuschreiten, ist in fast allen Ländern der Region ab 2003 eine Eindämmung der Haushaltsdefizite geplant. Die Binnennachfrage bleibt davon nicht unbeeindruckt.

Während im laufenden Jahr einige Wachstumsmärkte, insbesondere in Lateinamerika, in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind,

entwickelt sich die Wirtschaft der mitteleuropäischen Wachstumsmärkte anhaltend dynamisch. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Euroraum, der rund 70 Prozent der Exporte aus der Region CEE abnimmt, derzeit nur eine sehr schwache Dynamik aufweist. Gegen die Konjunkturschwäche in Westeuropa konnten sich die Länder Mitteleuropas im bisherigen Jahresverlauf jedoch erfolgreich stemmen. Bis auf Polen verzeichneten alle fortgeschrittenen Reformländer im 1. Halbjahr 2002 einen Anstieg des BIP um real 3 %. Das relative Wachstumsdifferential gegenüber der Europäischen Union hat sich damit im Vergleich zu den Vorjahren sogar erhöht. Mit einem prognostizierten Anstieg des BIP im

Jahr 2002 für die Ländergruppe CEE 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) von 2 % wird das Wirtschaftswachstum fast dreimal über dem Wert für den Euroraum von 0,7 % liegen.

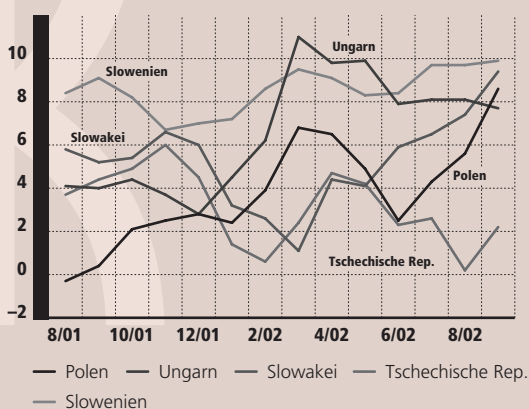
Inlandsnachfrage stützt Konjunktur

Während die schwächere Nachfrage nach Exportprodukten aus den Ländern Mitteleuropas die Wirtschaftsdynamik dämpft, wird die Konjunktur weiterhin durch die kräftige Binnennachfrage in Schwung gehalten. In Ungarn wurde der Anstieg des BIP um 3 % im 1. Halbjahr 2002 durch eine Zunahme des privaten Konsums um sogar 8 % und der Investitionen, basierend auf öffentlichen Projekten, um 6,4 % ermöglicht.

Auch in der Slowakei ist der Konsum die Antriebskraft der Wirtschaft. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum weisen im 1. Halbjahr Zuwachsraten auf, die deutlich über dem Wirtschaftswachstum von 4 % liegen. In der Tschechischen Republik waren der private und der öffentliche Konsum mit einem Plus von 3,8 % bzw. 4,7 % im Jahresabstand, aber auch die Investitionen mit +3,5 % bestimmend für einen Anstieg des BIP um immerhin 2,6 %. Auch in Slowenien tragen die Investitionen und der öffentliche Konsum zur Wirtschaftsdynamik wesentlich bei. Dagegen liegt der Anstieg des privaten Konsums im 1. Halbjahr mit knapp 2 % unter der Zunahme des BIP um 2,7 %.

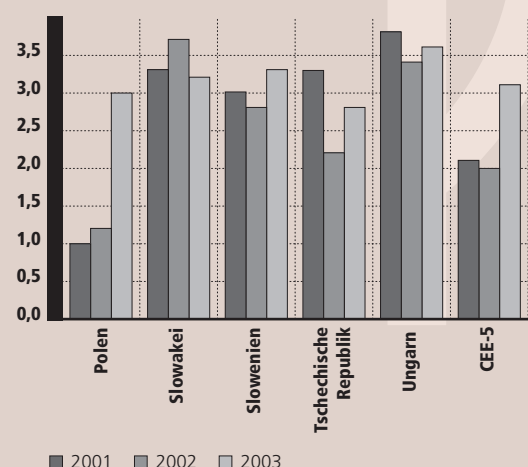
Einzelhandelsumsätze

(Veränderung geg. Vorjahr in %, 3-Monatsdurchschnitt)



Bruttoinlandsprodukt

(Reale Vdg. zum Vorjahr in %)



Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Die höchste Inflationsrate in der Region und die deutliche Erhöhung der Spareinlagen der Haushalte bei den Banken um rund 30 % im Jahresvergleich sind dafür verantwortlich. In Polen ist dagegen der private Konsum zum Träger des Wachstums geworden. Mit dem Plus um 3,2 % im Jahresabstand konnte im 1. Halbjahr allerdings nur ein Anstieg des BIP um 0,6 % erzielt werden. Weiterhin begrenzt die Investitionsschwäche – die Bruttoanlageinvestitionen liegen um rund 10 % unter dem Niveau des Vorjahres – das Wirtschaftswachstum.

Einzelhandel läuft gut

Auch in den noch verbleibenden Monaten des Jahres 2002 wird die Binnennachfrage für das Wirtschaftswachstum in der Region bestimmend sein. Dabei wird vor allem der private Konsum die treibende Kraft sein, denn der Einzelhandel, der wichtigste Vorindikator für den privaten Konsum, weist in den Ländern der Region weiterhin eine hohe Dynamik auf. Diesbezüglicher Spitzenreiter ist Ungarn, wo der Einzelhandel in den ersten neun Monaten des Jahres sogar um real über 9 % gegenüber der Vorjahresperiode zugelegt hat. In Polen und Tschechien liegt die Zuwachsrate mit +2,5 % am unteren Ende dieser Ländergruppe. Allerdings wurde die Entwicklung in der Tschechischen Republik durch das Hochwasser im August temporär beeinträchtigt.

Für die Slowakei und die Tschechische Republik erwarten wir aufgrund einer abnehmenden Dynamik der Binnennachfrage im Gesamtjahr 2002 ein Wirtschaftswachstum, das mit 3,7 % bzw. 2,2 % etwas unter dem Halbjahreswert liegen wird. Der

Grund liegt u. a. in der leicht ansteigenden Inflation nach den Tiefstwerten im Sommer, welche die Reallohnzuwächse reduziert. Dagegen kann in den anderen Ländern der Region mit einer leichten Wachstumsbelebung gerechnet werden. In Polen, für das wir einen Anstieg des BIP um 1,2 % im laufenden Jahr erwarten, ist dafür eine Verbesserung bei den Investitionen maßgeblich. Der private Konsum wird dagegen in Ungarn, unterstützt durch weitere kräftige Lohnerhöhungen im Herbst, und in Slowenien, aufgrund deutlich niedrigerer Inflationswerte als im ersten Halbjahr, für neuen Elan sorgen und das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr auf 3,4 % in Ungarn und 2,8 % in Slowenien steigern.

Zurück auf die Straße nach Maastricht

Die kräftige Stützung der Binnennachfrage durch die Lohn- und Investitionspolitik der öffentlichen Hand trug im laufenden Jahr zwar wesentlich dazu bei, den wachstumsdämpfenden Effekt der internationalen Konjunkturschwäche entgegenzuwirken, blieb jedoch in den meisten Ländern nicht ohne Nebenwirkungen. In fast allen Ländern ist das Haushaltsdefizit in beachtliche Höhen geklettert. Für das nächste Jahr ist eine Kurskorrektur aus Gründen der langfristigen Finanzierbarkeit und des Fernziels Aufnahme im Euroraum zu finden notwendig. Eine Ausnahme stellt im Wesentlichen Slowenien dar. Der erwartete Fehlbetrag gemäß Maastricht-Definition beträgt 2002 nur knapp über 1 % des BIP.

Insbesondere in Ungarn hat sich die Budgetlage im laufenden Jahr jedoch deutlich verschlechtert. Finanzminister Laszlo hat kürzlich

angekündigt, dass mit einem Fehlbetrag von beinahe 9 % des BIP für 2002 zu rechnen ist. Die Regierung plant für 2003 eine Reduktion auf 4,5 % des BIP. Kernstück ist eine zurückhaltende Lohnpolitik im öffentlichen Sektor. Deren Umsetzung sowie weitere notwendige Ausgabenkürzungen, die vor allem Investitionen betreffen, werden sich jedoch sehr schwierig gestalten, so dass die Wahrscheinlichkeit einer Überschreitung des angestrebten Budgetdefizits im nächsten Jahr recht hoch einzuschätzen ist.

Hohe Ausgaben im Vorfeld der Parlamentswahlen, sowohl für den laufenden Bedarf als auch für Investitionen, haben im laufenden Jahr in der Slowakei das Budgetdefizit über Plan ansteigen lassen. Das Defizit des Gesamtstaates könnte sich 2002 auf bis zu 7 % des BIP, nach 4,8 % 2001 ausweiten. Selbst wenn man die Kosten der Bankensanierung von ca. 1,5 % des BIP abzieht, wie das bei der Berechnung durch die EU von den EU-Behörden möglicherweise zugestanden werden könnte, ist das verbleibende Defizit von rund 5 % des BIP nach einem Beitritt zur EU nicht tragbar. Der Plan für 2003 sieht bereits eine Reduktion auf 41 Mrd. Kronen oder 3,5 % des BIP vor, die zum Teil durch beträchtliche Gebühren- und Steuererhöhungen ermöglicht werden soll.

In Polen wurde der Voranschlag für den Gesamtstaat 2002 mit einem Abgang von 6 % des BIP beschlossen. Als Ergebnis einer mäßigen Einnahmenentwicklung dürfte er jedoch etwas höher ausfallen. Für 2003 ist zwar mit einer Reduktion des Fehlbetrags zu rechnen. Die laufenden Budgetverhandlungen geben jedoch Anlass zur Annahme,

dass nur eine geringfügige Verringerung auf knapp unter 6 % des BIP erfolgen wird.

Auf anhaltend hohem Niveau befindet sich das Defizit der öffentlichen Haushalte in der Tschechischen Republik. Nur in diesem Land wird im nächsten Jahr ein Budgetdefizit angepeilt, das mit 6,3 % des BIP (Maastricht-Definition) über dem voraussichtlichen Ergebnis des laufenden Jahres von 5,7 % des BIP liegen wird.

Binnennachfrage verliert 2003 an Schwung

In allen anderen Ländern der Region wird der Versuch, den Budgetfehlbetrag im Jahr 2003 unterschiedlich stark einzudämmen, die Dynamik der Binnenkonjunktur bremsen. Der Konsum und die öffentlichen Investitionen werden daher deutlich geringer zum Wirtschaftswachstum dieser Länder beitragen können als noch im laufenden Jahr, aber weiterhin die bestimmende Kraft bleiben. Das Jahr 2003 wird in den meisten Ländern dank einer geringfügig verbesserten externen Nachfrage sogar eine etwas höhere Wirtschaftsdynamik erreichen. Im Gesamtdurchschnitt ist 2003 in der Ländergruppe CEE 5 mit einem Anstieg des BIP um 3,1 %, nach 2 % im laufenden Jahr, zu rechnen. Allerdings ist dieser Durchschnitt stark von der Entwicklung in Polen beeinflusst, denn ohne Polen steigt das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in der Region von 2,9 % auf 3,2 % an. Mittelosteuropa wird somit auch im nächsten Jahr ein deutlich höheres Wachstum als die Europäische Union erzielen können. Damit werden die Beitrittskandidaten den wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber den „alten“ EU-Ländern weiter fortsetzen. ■

Maschinenbau

Traditioneller Investitionsgütererzeuger mit hoher Wettbewerbsfähigkeit

Die Branche hat als zentraler Investitionsgütererzeuger eine Schlüsselfunktion im Wirtschaftsprozess. Trotz der damit einhergehenden engen Verknüpfung mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung konnte der Maschinenbau auch 2001 bemerkenswerte Erfolge verbuchen. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete die ausgeprägte internationale Konkurrenzfähigkeit der Branche. Sie ist auch der Garant für stabile Wachstumsraten in Zukunft.

Der Maschinenbau konnte sich in den letzten Jahren dem Konsolidierungsdruck zwar nicht entziehen, war aber eine der wenigen Branchen der heimischen Sachgütererzeugung, in der neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Zwischen 1996 und 2001 stieg die Beschäftigung um rund 5 Prozent, während in der gesamten Sachgütererzeugung 2 Prozent der Stellen verloren gingen. Die Position des Maschinenbaus als eine zentrale Wachstumsbranche (nicht nur) innerhalb der heimischen Industrielandschaft bestätigt sich am überdurchschnittlichen Umsatzwachstum von 37 Prozent seit 1996, im Vergleich zu 29 Prozent in der Sachgütererzeugung.

Der Maschinenbau erzeugt eine sehr breite, heterogene Palette an Produkten. Dazu zählen unter anderem Dampfkessel, Turbinen, selbstfahrende Bau- und landwirtschaftliche Maschinen,

Werkzeugmaschinen und der Anlagenbau. Mit dem Wechsel von der traditionellen Branchengliederung zur EU-Systematik kamen noch die elektrischen Haushaltsgeräte dazu. Die Sparten Stahlbau und Schienenfahrzeugbau fielen weg. Insgesamt erreicht der Branchenumsatz 10,8 Milliarden Euro (siehe Tabelle 1). Unabhängig von der Branchenabgrenzung bedingt die heterogene Produktstruktur die Abhängigkeit von unterschiedlichen Nachfragesegments, die den privaten Konsum, die Nachfrage vom Unternehmenssektor genauso wie die Infrastrukturnachfrage des Staates einschließt.

Aktuelle Konjunktur

Die Branche konnte sich 2001 deutlich von der Konjunkturverlangsamung im Land absetzen. Die Produktion stieg um knapp 8 Prozent und trotz des Preisdrucks er-

reichte das Umsatzwachstum noch relativ kräftige 5 Prozent. Wie schon in den Jahren davor war das Ergebnis deutlich besser als im Durchschnitt der Sachgütererzeugung mit 2,4 Prozent Umsatzwachstum. Im Wesentlichen beruhte die erfolgreiche Performance auf kräftigen Exportzuwächsen. Insgesamt sind die Maschinenexporte um knapp 7 Prozent gestiegen. Hervorzuheben sind die Ausfuhren nach Asien (Exportanteil 11 Prozent), die um 12 Prozent wuchsen, besonders nach China, wohin um 23 Prozent mehr Maschinen und Anlagen geliefert wurden (Anteil 3 Prozent). Zudem blieb die Nachfrage aus Osteuropa überdurchschnittlich hoch (Anteil 17 Prozent; +17 Prozent).

Im ersten Halbjahr 2002 hat sich die Maschinenbaukonjunktur abgekühlt. Das

Wachstum der Exporte kam zum Erliegen. Dass der Branchenumsatz (von Jänner bis Juli) dennoch um fast 6 Prozent zulegte, ist auf die stärkere Inlandsnachfrage zurückzuführen. Österreichs Industrieunternehmen planten noch im Frühjahr 2002 drei Viertel ihrer, in Summe leicht rückläufigen, Investitionsausgaben für Maschinen und Anlagen zu verwenden; das sind um fast 10 Prozentpunkte mehr als 2001.

Kurzfristige Aussichten

Zur Jahresmitte hin ist die Auftragslage rasch dünner geworden und die Beschäftigung in der Branche leicht gesunken. Beides Hinweise, dass die Maschinenbaukonjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2002 an Tempo verlor. Voraussichtlich wird der Branchenumsatz im Gesamtjahr um weniger als 4 Prozent zunehmen.

(Tabelle 1)

Maschinenbausparten

	2001	2001	1996-2001 Veränderungen
Beschäftigte	66.600	2 %	5 %
Umsatz, in Mrd. €	10,8	5 %	37 %
davon*			
Bau-, Nahrungsmittel-, Textil-, Papier-, so. Masch.	3.700	8 %	35 %
Hebe- u. Fördermittel, Klimanlagen u. a.	3.200	4 %	54 %
Pumpen, Armaturen, Getriebe u. ä.	1.180	7 %	20 %
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen	1.000	18 %	46 %
Werkzeugmaschinen	770	-5 %	50 %
Haushaltsgeräte	760	-2 %	13 %
Waffen u. Munition	240	29 %	47 %

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / * vorläufige Werte

2003 bleibt das konjunkturelle Umfeld der Maschinenbauer unsicher. Kräftigere Umsatzzuwächse sind unwahrscheinlich: In wichtigen Absatzmärkten zeichnet sich zwar eine Konjunkturstabilisierung ab und das Zinsniveau sollte investitionsfördernd niedrig bleiben. Dennoch können angesichts des prognostizierten Wirtschaftswachstums von 1 bis 1,5 Prozent in der EU (Exportanteil 52 Prozent) keine nennenswerten Nachfrageimpulse erwartet werden. Offen bleibt auch die Frage, wann die andauernde Unsicherheit die US-Investitionsgüterindustrie verlässt (Anteil 6 Prozent). 2001 ist der Export in die USA um 3 Prozent gesunken. Kräftigere Zuwächse können die heimischen Maschinenbauer wahrscheinlich wieder nur in Asien und Osteuropa erwarten.

Exportergebnisse bestätigen Konkurrenzfähigkeit

Im internationalen Vergleich schlägt sich der österreichische Maschinenbau vor allem in schwachen Jahren gut. So musste beispielsweise die deutsche Branche, im-

merhin Weltmarktführer in einigen Branchensegmenten, 2001 und 2002 Umsatzeinbußen im Ausmaß von 4 bis 6 Prozent verbuchen. Die Wettbewerbsposition der heimischen Branche hat sich gegen Ende der 90er Jahre noch deutlich verbessert:

◆ Im Branchendurchschnitt ist in diesen Jahren die Wertschöpfung überdurchschnittlich stark gestiegen (1998 +10 Prozent, im Vergleich zu 6 Prozent im EU-Durchschnitt, 1999 +4 Prozent gegenüber -0,7 Prozent).

◆ Zudem konnten kräftige Produktivitätszuwächse erzielt werden; die Produktionsleistung ist in Relation zu den geleisteten Arbeitsstunden seit 1997 um mehr als 30 Prozent gestiegen. Nicht nur die Verlagerung kostenintensiver Produktionsteile an billigere Standorte, die im Lauf der 90er Jahre intensiv vorangetrieben wurde, trägt Früchte.

◆ Schließlich profitierten die Unternehmen von günstigen Wechselkursrelationen.

Die ausgezeichnete Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen kommt unter anderem im wachsenden Außenhandelsüberschuss mit Maschinenbauprodukten

zum Ausdruck. In den 90er Jahren sind die Maschinenexporte um durchschnittlich 5,8 Prozent im Jahr gestiegen, die Importe gleichzeitig um 4 Prozent. Das hatte zur Folge, dass sich das Handelsdefizit von 62 Millionen Euro 1991 bis 2001 in einen Außenhandelsüberschuss von 1.800 Millionen Euro drehte (siehe Tabelle 2). Voraussichtlich wächst der Überschuss 2002 auf über 2 Milliarden Euro, weil die Importe infolge der zunehmend schwächeren Investitionskonjunktur kräftig ins Minus gerutscht sind und der Branchenexport stagniert.

Während der westeuropäische Maschinenbau im Lauf der 90er Jahre bei Standardprodukten durchwegs Marktanteile an osteuropäische und südasiatische Konkurrenten verloren hat, ist es den heimischen Unternehmen also gelungen, sich durch das Angebot von differenzierten Produkten und hohen Qualitäten von den Wettbewerbern mit reinen Kosten- beziehungsweise Preisvorteilen abzusetzen. Die Produktionsleistung der Branche ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in Österreich am kräftigsten

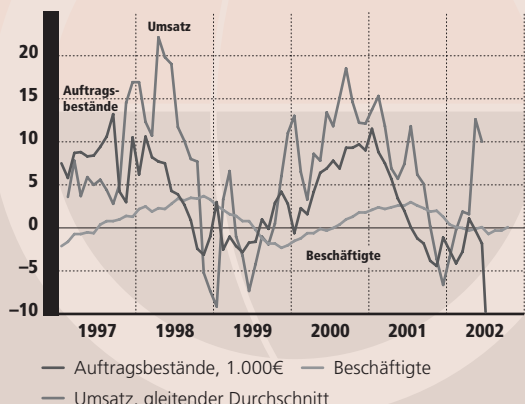
unter allen EU-Ländern gestiegen. Von 1995 bis 2001 erreichte das Produktionswachstum des Maschinenbaus im EU-Durchschnitt knapp 13 Prozent, in Österreich 47 Prozent.

Die Analyse der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im Hinblick auf die bevorstehende EU-Erweiterung bestätigt die gute internationale Position und unterstreicht die positiven Aussichten des heimischen Maschinenbaus. Hintergrund des Ergebnisses ist die Tatsache, dass ein Großteil der Maschinenbauparten hohe bis höchste Anforderungen an die Qualifikation ihrer Arbeitskräfte stellt und/oder die Unternehmen längst in Märkten präsent sind, wo der Wettbewerb in erster Linie durch die Produktqualität entschieden wird (Q. WIFO 2001). Vor allem sind das die Bereiche:

- ◆ Hebe- und Fördereinrichtungen, Klimaanlage u. a.
- ◆ Land- und forstwirtschaftliche Maschinen
- ◆ Werkzeugmaschinen
- ◆ Bau-, Nahrungsmittel-, Textil-, Papier- und Maschinen für andere Wirtschaftszweige

Maschinenbaukonjunktur

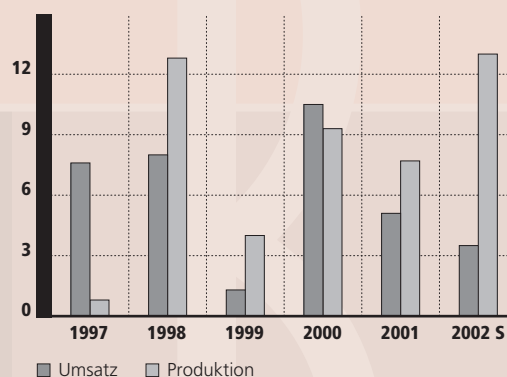
Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Maschinenbau: Stabiles Branchenwachstum

Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / S = Schätzung

Baunahe Sparten

Ein Teil der Hersteller von Aufzügen, Rolltreppen oder Klimaanlage musste 2001 bereits Umsatzeinbußen verbuchen. Die Baukrise hat im Vorjahr auf den Bürobau übergegriffen, der noch 1999 und 2000 in diesem Bereich für eine befriedigende Auftragslage sorgte. Dass die gesamte Sparte im Plus blieb, ist vor allem den Exportserfolgen zu verdanken. Eine lebhafte Exportnachfrage sorgte auch für Zuwächse in anderen baunahen Sparten, wie bei den Baumaschinenherstellern

(siehe Tabelle 2).

2002 rutschte die gesamte Bauwirtschaft weiter ins Minus. Zudem lässt eine Erholung der Bauwirtschaft in Westeuropa auf sich warten: Weder 2003 noch 2004 wird das Wachstum des realen Bauvolumens über 1,5 Prozent steigen. Kräftigere Zuwächse werden aber in Osteuropa erwartet. Das reale Bauvolumen in der Region wird in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich um 4 Prozent respektive um 7 Prozent zunehmen.

Davon sollten Österreichs Maschinenbauer überdurchschnittlich profitieren, wenn man berücksichtigt, dass schon 2001, einem Jahr mit rückläufigen Bauinvestitionen in Osteuropa, die Exporte baunaher Produkte in die Region um mehr als 20 Prozent gestiegen sind. Insgesamt konnten 2001 um 8 Prozent mehr Baumaschinen, Heiz- und Kühlanlagen, Aufzüge, Rolltreppen oder Krane exportiert werden.

Maschinen für die Investitionsgüterindustrie

Die Spezialisierung heimischer Unternehmen in qualitativ hochwertigen Nischen ist in diesem Bereich häufig zu finden. Das Exportwachstum der Sparten ist überdurchschnittlich hoch und der Handelsbilanzüberschuss wächst von Jahr zu Jahr. Generell sollte die Wettbewerbsfähigkeit ausreichend hoch sein, um beispielsweise die konjunkturbedingten Exporteinbußen der Hersteller von Maschinen zur Kunststoff- oder zur Holzverarbeitung des

ersten Halbjahres 2002 rasch zu überwinden. Die Hersteller von Papier- und Druckmaschinen konnten auch 2002 ein kräftiges Exportplus verbuchen. Schließlich gewinnt die Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung, gemessen am Beitrag zum Branchenumsatz in Österreich lange Zeit unterrepräsentiert, zunehmend an Bedeutung.

Der (westeuropäische) Maschinenbau litt bis weit in die 90er Jahre hinein an der Tatsache, dass er als eine zentrale Zulieferbranche anderen Industrien folgen musste, die technologisch nur zweitklassig waren. Europas Fahrzeugindustrie beispielsweise konnte sich erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre konsolidieren und bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge verbuchen. Auf jeden Fall beweist die stabile Branchenentwicklung in Österreich, dass der Maschinenbau genauso wie zahlreiche seiner Abnehmerbranchen die Restrukturierungsphase erfolgreich beendet haben.

Anlagenbau

Eine besondere Stellung nimmt schließlich der Anlagenbau ein. Die Projekt- und Finanzierungsplanung, die Errichtung und fallweise auch der Betrieb ganzer Produktionsanlagen ist längst nicht mehr spezialisierten Anlagenbauern vorbehalten, sondern wird von Unternehmen aus den unterschiedlichsten Maschinenbausparten angeboten. Ihr Anteil am Maschinenbauumsatz dürfte bereits ein erhebliches Niveau erreicht haben. Allerdings ist eine exakte Branchenordnung nicht möglich. Die Anlagenbauer sind unter anderem eng mit der Elektroindustrie verzahnt. Berücksichtigt man jüngere Unternehmensmeldungen, ist der heimische Anlagenbau im Lauf von 2002 in eine veritable Krise geraten. Aufgrund der zumeist sehr großen Projektvolumen dürfte dadurch das gesamte Ergebnis des heimischen Maschinenbaus deutlich negativ beeinflusst worden sein. ■

(Tabelle 2)

Maschinenhandel

	2001 Mio. €	Exporte 2001 Vdg. z. Vj.	90/00 Ø Vdg.p.a.	2001 Mio. €	Importe 2001 Vdg. z. Vj.	90/00 ØVdg.p.a.	Bilanz 2001 Mio. €
Sonstige Maschinen**	4.270	8,5 %	6,3 %	4.253	10,6 %	5,2 %	17
Spezialmaschinen*	1.965	6,3 %	7,7 %	844	-5,6 %	4,8 %	1.121
Metallbearbeitungsmaschinen	735	11,2 %	1,7 %	693	8,4 %	2,3 %	42
Hoch- u. Tiefbaumaschinen	689	4,7 %	7,6 %	503	-0,1 %	6,8 %	186
Haushaltsgeräte	594	-2,6 %	6,3 %	695	3,3 %	3,7 %	-101
Druck- u. Buchbindemaschinen	264	18,9 %	5,6 %	250	20,5 %	1,8 %	14
Papiermaschinen	263	-11,6 %	2,7 %	145	42,6 %	-3,8 %	117
Zugmaschinen	250	50,0 %	7,9 %	120	-11,5 %	2,3 %	130
Landwirtschaftliche Maschinen	240	-1,3 %	5,7 %	230	5,2 %	2,6 %	10
Nahrungsmittelmaschinen	197	7,8 %	3,7 %	84	6,3 %	1,6 %	113
Textil- u. Ledermaschinen	173	1,3 %	0,6 %	122	-4,9 %	-4,1 %	51
Dampfkessel, Turbinen	171	7,0 %	2,0 %	155	23,5 %	3,5 %	17
Waffen und Munition	131	-14,1 %	9,7 %	62	2,5 %	0,9 %	69
Insgesamt	9.941	6,8 %	5,8 %	8.155	7,1 %	4,0 %	1.786

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / * Werkzeugmaschinen f. Holz, Stein; Masch. f. Glas-, Kunststoffindustrie;

** Heiz- u. Kühlanlagen, Pumpen, Kompressoren, Krane, Lifte, Wälzlager, Armaturen u. a.

Finanzmarkt Ausblick

Unsicherheit bleibt

Nach einem nochmaligen Tief Mitte Oktober haben sich die Aktienmärkte leicht erholt. Dementsprechend sind auch die Renditen an den Rentenmärkten wieder etwas gestiegen. Der Euro hat sich befestigt, bisher hat nur die Fed die Zinsen gesenkt.

Von ihrem Tief Mitte September konnten sich die Aktienmärkte wieder etwas erholen. Sowohl der Dow Jones als auch der Euro Stoxx konnten wieder 18 % zu legen. Trotzdem bleibt im Vergleich zum Jahresbeginn ein Minus von 14 % in den USA bzw. sogar über 30 % im Euroraum. Im Vergleich zu den Höchstständen 2000 ist dies ein Wertverlust von 1/3 in den USA und mehr als die Hälfte im Euroraum. Parallel dazu liegen die Renditen am Rentenmarkt heute deutlich

niedriger als zu Jahresbeginn. Der Euro setzte seine Verbesserung gegenüber dem USD fort und bewegt sich derzeit über der Parität.

Hintergrund für die Kursbewegungen auf Aktien-, Anleihen- und Devisenmärkten ist weiterhin die Unsicherheit über die weltweite Konjunkturlage. Der Einbruch bei der Konsumentenstimmung vor allem in den USA verstärkte diese Tendenzen in den letzten Wochen noch. Weiterhin gibt es Angst vor einem erneuten Rückfall in die Rezession. Dies führt weiterhin zu massiven Kapitalumschichtungen. Das aus den Aktienmärkten abfließende Geld wird in risikolosere Staatsanleihen umgeschichtet. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch von der sinkenden Inflationsgefahr. Die Fed hat dieser Entwicklung auch deutlich

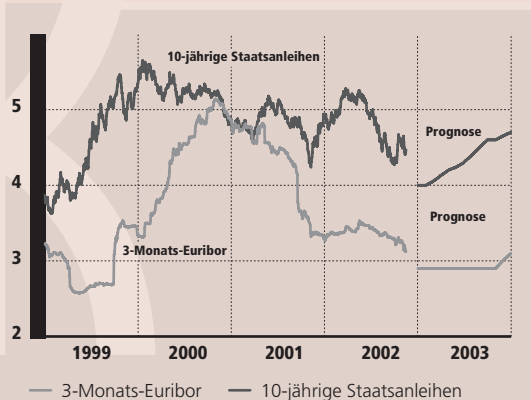
durch eine erneute Zinssenkung um 50 Basispunkte Rechnung getragen. Damit liegen die kurzfristigen Zinsen in den USA nur mehr knapp über ein Prozent.

Im Gegensatz dazu hat die EZB, trotz ähnlicher Signale einer konjunkturellen Verlangsamung, bisher keine Zinssenkung vorgenommen. Allerdings gibt es nun Anzeichen einer Zinssenkung Anfang Dezember.

Wir gehen in unserer Prognose davon aus, dass die US-Wirtschaft knapp an einem zweiten Eintauchen in die Rezession vorbeigeht, gleichzeitig aber auch keine Dynamik in den nächsten Monaten entwickelt. Zinserhöhungen sind somit derzeit nicht zu erwarten, eine weitere Zinssenkung ist jedoch angesichts des niedrigen Niveaus eher unwahrscheinlich, aber möglich.

Im Euroraum zeigen sowohl die Konjunktur- als auch die Finanzmärkte eine ähnliche Entwicklung wie in den USA. Trotz steigendem Euro gegenüber dem USD konnten die europäischen Aktienmärkte weiterhin keinen Vorteil aus der US-Aktienmarktschwäche ziehen. Das deutlich gedämpfte Konjunkturbild der Investoren und damit gesunkenen Inflations- und Zinserwartungen haben auch im Euroraum die Renditen im Ausmaß von fast 100 Basispunkten gesenkt. Die EZB hat auch Signale zu einer bevorstehenden Zinssenkung gegeben. Damit ist eine Zinssenkung durch die EZB sehr wahrscheinlich geworden. Für den Euro gehen wir von einem Kurs um die Parität in einem Jahr aus. Zwischenzeitlich könnte er, trotz aller Schwierigkeiten mit Deutschland, auch höher liegen. ■

Zinssätze Euroraum



— 3-Monats-Euribor — 10-jährige Staatsanleihen

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

USD per Euro



— USD per Euro

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Die EU-Erweiterung

Großes Potenzial für Österreich

So wie bei der Ostöffnung wird auch bei der EU-Erweiterung ab 2004 Österreich zu den großen Gewinnern zählen. Österreich konnte bisher die Ostöffnung nutzen und die Chancen stehen gut, dass Österreich dies auch bei der Erweiterung kann.

Mit der Einigung auf eine gemeinsame Verhandlungsposition beim Europäischen Rat im Oktober und der Festlegung auf den Mai 2004 als Beitrittsdatum gehen die Verhandlungen über die EU-Erweiterung dem Ende zu. Die Wahrscheinlichkeit, dass beim vorgesehenen Dinner am Gipfel in Kopenhagen am 13. Dezember auf die EU-Erweiterung angestoßen werden kann, ist groß. Im April 2003 würde dann in

Athen der Beitrittsvertrag unterzeichnet.

Damit erreicht die Annäherung vieler ehemaliger Ostblockstaaten an die EU nach fast 15 Jahren Ostöffnung ihren Höhepunkt und die EU der 15 wird zu einer EU der 25. Die neue EU25 wird um rund 1/5 mehr Einwohner haben, die neuen Länder werden damit einen Anteil an der EU-Bevölkerung von knapp über 15 % haben. Aufgrund des weiterhin noch vorhandenen deutlichen Wohlstandsunterschiedes wird die Wirtschaftsleistung, das BIP, jedoch nur um rund 5 % größer werden.

Die Kandidatenländer werden mit ihrem BIP von knapp über 400 Mrd. Euro daher „nur“ einen relativ bescheidenen Anteil von rund 4,5 % an der gemeinsamen Wirtschaftskraft der EU25

haben. Dies sollte jedoch weniger als Problem denn als Vorteil, Chance und Potenzial gesehen werden. Mit einem durchschnittlichen Einkommen von unter 6.000 Euro pro Jahr und Einwohner liegen die neuen Länder zwar deutlich unter dem Durchschnitt der heutigen EU15 von knapp 24.000 Euro und es liegt auch jedes neue Land (außer Zypern) unter dem derzeit „ärmsten“ Land der EU15, Portugal mit 12.500 Euro. Berücksichtigt man jedoch das geringere Preisniveau in den neuen Ländern, reduziert sich das „Wohlstandsgefälle“ von eins zu vier auf eins zu zwei. Allerdings zeigen diese Gesamtzahlen nur einen Ausschnitt der Realität. Berücksichtigt man die teilweise sehr hohen Wohlstandsunterschiede innerhalb der einzelnen Kandidatenländer, relati-

viert sich das Bild. So weisen etwa die zentralen Regionen Tschechiens und der Slowakei ein höheres Wohlstandsniveau als der EU-Durchschnitt auf.

Die, wirtschaftlich gesehen, relative Kleinheit der neuen Länder reduziert auch mögliche Gefahren für die Stabilität der neuen EU25. Mit einem Anteil am BIP von unter 5 % und sogar nur 3,4 % an der Geldmenge wäre selbst eine spürbar höhere Inflation in den neuen Ländern keine Gefahr für die gesamte EU25. Zudem haben die Kandidatenländer in den letzten Jahren deutlich an Stabilität gewonnen. Ihre Inflationsrate liegt 2002 mit 3,1 % nur mehr wenig über dem EU-Schnitt. Manche Länder haben sogar eine Inflation deutlich unter dem EU-Schnitt.

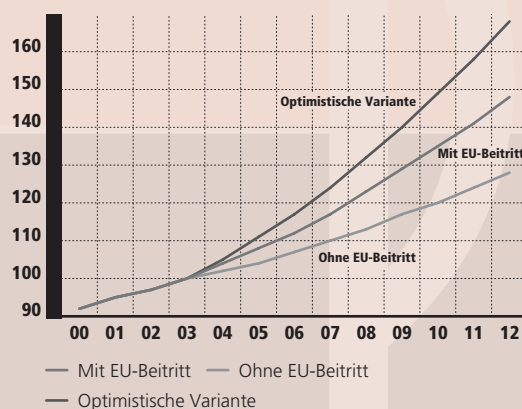
(Tabelle 1) Die neue EU25 im Vergleich

	EU15	Die neuen Mitglieder ¹	EU25	Anteil bzw. Beitrag der „Neuen“ ¹ (in %)
2002				
Bevölkerung (Millionen)	381	75	456	16,4 %
BIP (Mrd. Euro)	9.084	423	9.508	4,5 %
BIP (reale Vdg. zum Vorjahr in %)	0,8 %	2,3 %	0,9 %	0,1 %
BIP pro Kopf (Euro)	23.856	5.661	20.870	- 2.987
Arbeitslosenquote (in %)	7,9 %	12,9 %	8,1 %	0,2 %
Geldmenge M3 (Mrd. Euro, 2001)	7.087	250	7.337	3,4 %
Inflationsrate (% Veränderung)	2,1 %	3,1 %	2,1 %	0,0 %
Öffentliches Defizit (Mrd. Euro)	164	23	187	12,6 %
Öffentliches Defizit (in % BIP)	1,8 %	5,5 %	2,0 %	0,2 %
Öffentliche Schuld (Mrd. Euro)	5.660	155	5.814	2,7 %
Öffentliche Schuld (in % BIP)	62 %	3 %	61 %	- 1,1 %

Quelle: Bank Austria Creditanstalt / 1) Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

EU-Beitritt bringt zusätzliches Wachstum

(reales BIP, 2003 = 100)



Quelle: Bank Austria Creditanstalt, EU-Kommission

Trotz der Kleinheit und dem relativ niedrigen Wohlstandsniveau bieten die neuen Länder Wachstumspotenzial für die EU.

Ostländer bringen zusätzliches Wachstum

Trotz gewisser dämpfender Effekte durch die in den nächsten Jahren notwendigen Budgetmaßnahmen in den neuen Ländern kann man hinsichtlich des Wirtschaftswachstums in der Region optimistisch sein. Der EU-Beitritt, der dieser Region zusätzliche Stabilität verleihen wird, wird vor allem die Investitionstätigkeit, mit all ihren positiven Impulswirkungen für die gesamte Wirtschaft, in der Region beleben.

Mittelfristig werden die neuen Länder ihr Wachstumspotenzial, dass in etwa bei 4 bis 4 1/2% real pro Jahr liegen dürfte, sicherlich erreichen. Allerdings sind gewisse Rückschläge, wie etwa 2001/2002 in Polen, die sich aus der internationalen Konjunktur bzw. aus dem heimischen Konjunkturzyklus ergeben, nicht auszuschließen. Trotzdem kann erwartet wer-

den, dass die Länder mit dem EU-Beitritt 2004 mit einem realen Wachstum von 4 % fast zu ihrem Potenzialwachstum gelangen werden. Rechnet man die, aufgrund des Aufholprozesses zu erwartende, höhere Inflation dazu und geht man von einer stabilen Wechselkursentwicklung aus, so ergibt dies mittelfristig ein jährliches Wachstum der Wirtschaftsleistung gerechnet in Euro von rund 8 %.

Damit wird das Marktwachstum dieser Region fast doppelt so hoch liegen wie in der alten EU15. Dies bietet natürlich große ökonomische Möglichkeiten für die heutige EU. Allerdings werden diese Möglichkeiten nicht von allen heutigen EU-Ländern in gleicher Weise genützt werden können. Österreich wird jedoch sicherlich zu jenen Ländern zählen, die am meisten davon profitieren.

Insgesamt wird das BIP der heutigen EU15-Länder dank der Erweiterung in zehn Jahren um rund ein halbes Prozent höher liegen als heute. Dies erscheint zwar relativ wenig, angesichts der

„Kleinheit“ der Region jedoch beachtlich. Trotzdem bedeutet dies für Österreich und Deutschland bis 2012 immerhin ein zusätzliches Wirtschaftswachstum das doppelt so hoch wie das heurige Wirtschaftswachstum ist.

Kumuliert ergibt diese Entwicklung zudem immerhin ein zusätzliches Einkommen in der alten EU15 von fast 250 Mrd. Euro in den nächsten zehn Jahren. Natürlich werden nicht alle Länder der EU15 in gleicher Weise davon profitieren können. Ein guter Indikator ist die Bedeutung des Außenhandels mit den Kandidatenländern. Demnach werden Österreich und Deutschland aufgrund ihrer starken Handelsverflechtung vor allem mit den neuen mitteleuropäischen Beitrittsländern am stärksten von der EU-Osterweiterung profitieren. Wir rechnen damit, dass von den knapp 250 Mrd. Euro in den nächsten zehn Jahren fast die Hälfte von Deutschland lukriert werden kann. Dies sind immerhin über 100 Mrd. Euro oder 5 % des heutigen Bruttoinlandsproduktes von Deutschland.

Gerechnet in Relation zum heutigen BIP wird jedoch Österreich mit 24 Mrd. Euro oder rund 10 % des zusätzlichen BIP durch die Erweiterung in den nächsten zehn Jahren am meisten profitieren. Diese 24 Mrd. sind rund 10 % des heutigen BIPs Österreichs. Damit wird Österreich etwa doppelt so stark von der Osterweiterung profitieren wie Deutschland.

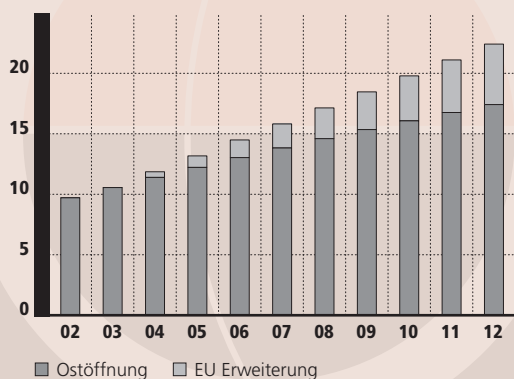
Österreich größter Exporteur nach MOE

Österreich liefert mit über 12 % mit Abstand den größten Teil seiner Exporte in die Beitrittsländer. Gefolgt wird es von Deutschland, das ebenfalls fast 8 % seiner Exporte in eines der neuen Länder der EU25 liefert.

Aus dieser Nähe Österreichs zu den neuen Märkten erklärt sich auch die Tatsache, dass Österreich bereits seit Ende der 80er Jahre von der Ostöffnung, deren logische Konsequenz nun der EU-Beitritt ist, deutlich positive Impulse erhalten hat. Österreich konnte seine Exporte in die Beitrittsländer seit 1988 um 600 % steigern,

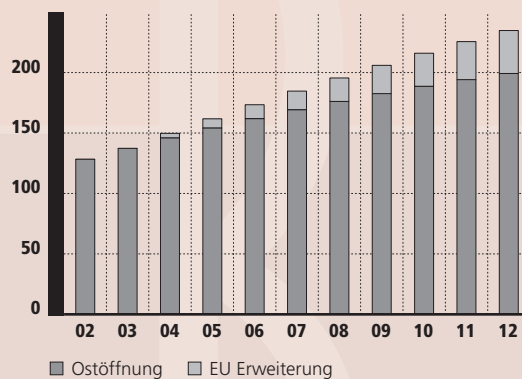
Österreich – Zusätzliches BIP durch MOE

(in Mrd. Euro)



Österreich – Zusätzliche Beschäftigung durch MOE

(in Tausend)



Quelle: Bank Austria Creditanstalt, Wifo

Quelle: Bank Austria Creditanstalt, Wifo

die Exporte in andere Absatzmärkte stiegen nur um rund 150 %.

Insgesamt exportierte Österreich seit der Ostöffnung Waren im Wert von fast 70 Mrd. Euro in diese Region. Zwar stiegen auch die Importe aus dieser Region, Österreich konnte jedoch immer einen Handelsbilanzüberschuss erzielen, der bis heute in Summe 15 Mrd. Euro ausmacht.

Die Ostöffnung dürfte Österreichs BIP bereits um 10 Mrd. Euro erhöht haben (mehr als 4 % des heutigen BIP). Diese positiven Effekte werden weiter wirken, wenn sie in den nächsten Jahren auch geringer werden. Zusätzlich und zur Absicherung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wird die EU-Osterweiterung das BIP in den nächsten zehn Jahren in Österreich um weitere 5 Mrd. Euro erhöhen. Dies bedeutet für Österreich insgesamt eine Erhöhung der jährlichen Wirtschaftsleistung ab 2012 von über 20 Mrd. Euro, rechnet man die Effekte der Ostöffnung zu den Effekten der Osterweiterung hinzu.

Dies bedeutet für Österreich natürlich auch zusätzliche Arbeitsplätze. Bereits die Ostöffnung dürfte Österreich zusätzliche Arbeitsplätze im Ausmaß von fast 130.000 gebracht haben. Diese Effekte werden, wenn auch abgeschwächt, in den nächsten zehn Jahren noch weiter wirken und so insgesamt fast 200.000 zusätzliche Jobs gebracht haben. Dazu kommen nun noch die Effekte der Erweiterung, die natürlich geringer ausfallen werden, da Österreich bereits stark durch die Ostöffnung profitierte. Trotzdem wird die Erweiterung noch fast 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze bringen, sodass insgesamt Österreich der Ostöffnung und EU-Erweiterung langfristig fast eine Viertel Million Arbeitsplätze verdankt.

Polen, Tschechien und Ungarn sind die wichtigsten Märkte

Natürlich ist Österreich nicht in allen neuen Ländern gleich stark vertreten. Dies ergibt sich schon aus der

geografischen Nähe, aber auch aus der Größe und dem Einkommensniveau der einzelnen Länder. Polen ist bei weitem das größte Land der neuen EU-Mitglieder mit fast der Hälfte der Einwohner und 45 % der Wirtschaftsleistung. Das reichste Land der neuen EU-Mitglieder ist Zypern, dessen BIP pro Kopf mit 16.000 Euro deutlich über dem Durchschnitt der anderen Länder von 6.000 Euro liegt. Hinsichtlich der österreichischen Exporte ist Ungarn Österreichs wichtigster Exportpartner, gefolgt von Tschechien, Slowenien und Polen. Relativ gesehen hat Österreich den höchsten Marktanteil in Slowenien. Immerhin kommen mehr als 10 % der slowenischen Importe aus Österreich. Aber auch in Ungarn liegt Österreichs Marktanteil fast bei 10 %, in Tschechien und Slowenien bei 5 bis 6 %. Insgesamt hat Österreich einen Marktanteil von über 5 % in den neuen EU-Ländern. Unser Marktanteil in der EU15 beträgt dagegen nicht einmal 2 %.

Aber Österreich ist nicht nur mit den Exporten stark in den neuen Ländern vertreten. Österreich hat auch mit den Beteiligungen in der Region gezeigt, dass es seine Chance wahrnehmen kann. Österreich hat in manchen neuen Mitgliedstaaten einen relativ hohen Anteil am Auslandsbesitz. Er ist zwar nirgends so hoch wie in Slowenien, wo er knapp unter 50 % liegt, aber er ist doch in den meisten Ländern um die 10 %, mit Ausnahmen von Polen und den baltischen Staaten. Österreich kann damit zunehmend auch direkt an der weiteren positiven Entwicklung dieser Länder profitieren.

Angesichts dieser Vorteile, die Österreich aus der EU-Erweiterung zieht, sind die möglichen Kosten als relativ gering anzusehen. Der Vorteil für Österreich besteht jedoch nicht nur aus den zusätzlichen Geschäften, die in den nächsten Jahren entstehen werden. Die EU-Erweiterung sichert auch das bereits erreichte wirtschaftliche Niveau und die Stabilität der Region, die für Österreich so wichtig geworden ist, ab. ■

(Tabelle 2)

Beitrittsländer in Zahlen für 2002

	Einwohner (in Mio.)	BIP (in Mrd. Euro)	BIP pro Kopf (in Euro)	Österreichs Anteil am Auslandsbesitz (in %)	Importe (in Mrd. Euro)	Österreichs Marktanteil bei den Exporten (in %)
Estland	1,4	7	4.902	0,2	5	1,1
Lettland	2,3	9	3.811	0,6	4	1,6
Litauen	3,7	15	4.043	0,0	8	0,9
Polen	38,7	193	4.986	2,3	52	2,2
Slowakei	5,4	25	4.556	17,6	17	5,7
Slowenien	2,0	22	11.184	47,6	12	11,5
Tschechien	10,3	73	7.129	10,7	42	5,3
Ungarn	10,0	66	6.618	9,3	36	9,9
Zypern	0,7	11	15.950	6,7	4	1,0
Malta	0,4	3	7.446	14,4	3	0,9
Beitrittsländer	74,8	423	5.661	7,3	182	5,1
EU15	380,8	9.084	23.856		2.535	1,9
EU25	455,6	9.508	20.870		2.717	2,1

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Die Ökonomie des Donauraums

Handelsbeziehungen noch unterentwickelt

Der Donauraum¹ mit mehr als 220 Millionen Einwohnern ist ein heterogener und in politischer und ökonomischer Hinsicht sehr dynamischer Raum.

Spätestens seit der Schaffung des Stabilitätspaktes und dem Ende des Milosević-Regimes in Jugoslawien genießt die Integration dieses Raumes in die EU für alle Länder höchste wirtschaftliche und politische Priorität. Der „Donauraum-Zusammenarbeitsprozess“, initiiert von Rumänien, Österreich, dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und der Europäischen Kommission und beschlossen von den Außenministern aller 13 Staaten, soll dazu einen substantziellen Beitrag leisten.² Die in der Deklaration von Wien angestrebte Zusammenarbeit zielt ganz wesentlich auf die Verbesserung und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Raums ab, um die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale für alle teilnehmenden Länder optimal auszuschöpfen. Dabei sind sich die Teilnehmer am Donauraum-Zusammenarbeitsprozess über die höchst unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern, die sich aus dem politischen Status

(EU-Mitglied, Kandidat, [noch] nicht Kandidat) und dem Verlauf des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in den Neunzigerjahren ergeben, vollkommen bewusst.

Die Heterogenität der Struktur und der Entwicklung der Donauraumländer wird bereits durch die Betrachtung des BIP deutlich. Das nominale BIP der Donauraumländer (exkl. Deutschland und Ukraine) beträgt insgesamt 442 Mrd. EUR, was – vernachlässigt man einmal die ungleiche Verteilung des BIP – ein beachtliches Volumen an wirtschaftlicher Aktivität darstellt und folglich auch als Markt, so er denn als solcher wahrgenommen werden kann, von großem Interesse ist. Die großen ökonomischen Disparitäten innerhalb des Raumes zeigen sich besonders am BIP pro Einwohner nach Wechselkursen, das von rund 26.000 EUR in Österreich (2001) bis 860 EUR in der Ukraine reicht. Gemessen am BIP nach Kaufkraftparitäten, das ein besseres Bild über den Wohlstand eines Landes vermittelt, verringert sich dieser Abstand deutlich. Dennoch liegt das BIP pro Einwohner in den Beitrittskandidatenländern mit 24 % (Bulgarien) bis 70 % (Slowenien) unter dem

EU-15 Durchschnitt, alle Nicht-Beitrittskandidatenländer liegen ca. bei der Hälfte dieses Anteils (Ukraine 16 % des EU-Durchschnitts)³.

Bezüglich der Wirtschaftsstruktur nach Sektoren sind die meisten südosteuropäischen Länder des Donauraums durch einen sehr hohen Anteil des Agrarsektors gekennzeichnet (10 % des BIP und höher – Moldawien 28 %). Gemessen an den Beschäftigten im Agrarsektor ist der Anteil noch höher. In den zentraleuropäischen Beitrittskandidatenländern (Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) ist der Anteil zwar weit geringer, aber immer noch doppelt so hoch wie in Österreich und Süddeutschland.

Steigende Disparitäten

Die Ökonomien der Donauraumländer weisen nur insofern ein gemeinsames Entwicklungsmuster auf, als in allen Ländern außerhalb der EU der Transformationskrise nach 1989, mit durchwegs hohen Rückgängen der Wirtschaftsleistung, eine Periode des Wachstums folgt. Dauer und Intensität der beiden Phasen sind in den einzelnen Ländern aber völlig unterschiedlich. Im Ergebnis lässt sich vereinfachend fest-

halten: Der wirtschaftliche Abstand zwischen den EU Mitgliedsländern und den Nicht-Mitgliedsländern des Donauraums hat sich in den 90er Jahren nicht verringert. Nur wenige Beitrittskandidaten haben das Produktionsniveau von „vor der Reform 1989“ im Jahre 2000 wieder erreicht. (siehe Grafik 1)

Der Lebensstandard, gemessen an Wohlstandindikatoren wie Gesundheitsvorsorge, Autobesitz, Energieverbrauch usw. ..., nähert sich im zentraleuropäischen Teil des Donauraumes dem westeuropäischen Standard rasch an. Die südosteuropäischen Teile der Region bleiben aber in zunehmendem Ausmaß zurück.

Darüber hinaus hat im letzten Jahrzehnt die ökonomische Transformation zur Erhöhung der regionalen Disparitäten innerhalb der Länder geführt. Alle Hauptstadt-Regionen und einige Regionen in der Nähe der gegenwärtigen EU-Außengrenzen konnten sich wesentlich besser entwickeln als es dem nationalen Durchschnitt entspricht. In den meisten anderen Regionen geht die Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse viel langsamer vor sich (was gleichermaßen der veralteten

1) Donauraum-Staaten (Definition der Donauraum-Staaten im Zuge des „Donauraum-Zusammenarbeitsprozess“): alle Staaten, deren Territorium zu einem erheblichen Teil zum hydrologischen Becken der Donau gehören oder Anrainer der Donau sind (Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Jugoslawien, Kroatien, Republik Moldawien, Österreich, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Ukraine)

2) ÖIR (2002), *Danubian Co-operation – Issues and Perspectives*, beauftragt durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Magistrat der Stadt Wien und Bank Austria Creditanstalt, Wien.

3) für die Länder des Stabilitäts- und Assoziierungsprozesses liegen derzeit keine vergleichbaren Daten vor

Industriestruktur als auch dem hohen Anteil der Landwirtschaft mit geringer Produktivität zuzuschreiben ist).

Die Länder des Donauraumes (mit Ausnahme von Ukraine und Moldawien) haben zwar bereits sehr intensive Handelsbeziehungen mit den Ländern der Europäischen Union, im Gegensatz dazu ist aber der Handel innerhalb der Region und zwischen den Nachbarländern noch unterentwickelt. Während die Exportquote (Export inkl. Dienstleistungen in % des BIP) in den kleineren Kandidatenländern von 60 bis 75 % reicht, liegt die Exportrate in den meisten anderen Ländern bei 40–45 %. Handelsliberalisierungen müssen daher im gesamten Donauraum weiterentwickelt und Barrieren abgebaut werden. So sind bereits erste positive Entwicklungen durch die Öffnung der Märkte der Europäischen Union im Jahr 2001 für die Länder des Stabilitäts- und Assoziierungsprozesses ableitbar. Die Liberalisierung des Handels hat in den Donauraumländern zu

erhöhten ausländischen Direktinvestitionen geführt, wobei der Großteil in die Beitrittskandidatenländer Tschechien, Ungarn und Slowakei flossen. (siehe Grafik 2)

Wachstumsfaktor Dienstleistungssektor

Neben der Liberalisierung des Außenhandels war die Privatisierung die Hauptantriebskraft der ökonomischen Entwicklung. Gemeinsame Phänomene in der Privatisierungsphase waren die Entstehung neuer Firmen (hauptsächlich kleine Unternehmen), die vor allem mit Problemen im Bereich Kapitalzugang, Bürokratie und den Unsicherheiten im Eigentumsrecht konfrontiert waren. Die Entstehung des Dienstleistungssektors mit hohen Anteilen von kleinen und mittleren Unternehmen ist eines der Hauptmerkmale der Transformation. Die Beschäftigung wie auch die makroökonomischen Outputindikatoren zeigen einen ständigen Aufwärtstrend im Dienstleistungsbereich. Der größte Zuwachs konnte im Einzel- und

Außenhandel, im Tourismus, in der Gastronomie und in den Finanz- und Wirtschaftsdiensten verzeichnet werden.

Die wirtschaftliche Transformation hat in den meisten Donauraumländern zur Entstehung eines funktionierenden Arbeitsmarktes beigetragen. Die Arbeitslosigkeit lag 2001 nur in wenigen Ländern des Donauraums unter 10 % (Deutschland, Österreich, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Ungarn). In der Ukraine lag die Arbeitslosenrate zwar bei 4,2 %, diese Zahl drückt aber eher den Mangel eines funktionierenden Arbeitsmarktes als eine positive Beschäftigungssituation aus. Die höchsten Arbeitslosenraten der Region gab es in Bosnien-Herzegowina (40 %), Jugoslawien (26,8 %) und Kroatien (22,5 %), aber auch in Bulgarien und der Slowakei sind fast 20 % der Arbeitskräfte ohne Arbeit. Das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird ersichtlich, wenn man sie auf subregionaler Ebene betrachtet. Dort, wo detaillierte Informationen erhältlich sind,

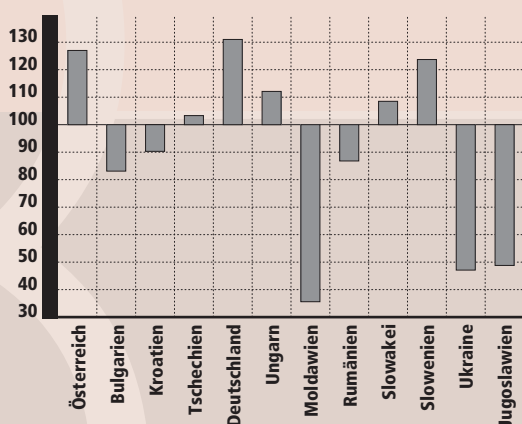
unterscheiden sich die Arbeitslosenraten in einzelnen Ländern deutlich, wobei die Zahlen innerhalb und um die Hauptstädte niedriger sind und in den benachteiligten Regionen weit über dem Durchschnitt liegen.

Die zentralen nationalen und transnationalen Bemühungen der vergangenen Jahre, die ökonomische Entwicklung zu unterstützen, galten vor allem der Intensivierung des Handels, der Erhöhung von Auslandsdirektinvestitionen, Einkommen und der Produktivität und schließlich auch der Verringerung der Wohlstandsunterschiede. Im letzten Jahrzehnt konnte diesbezüglich auch ein beachtlicher wirtschaftlicher Fortschritt erzielt werden – immerhin werden die meisten der Beitrittskandidatenländer heute als wettbewerbsfähig für den europäischen Markt eingestuft. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in der Zukunft Bemühungen zur Reduktion der Wohlstandsunterschiede erforderlich sein werden. ■

(Grafik 1)

Reales BIP im Jahr 2001

(1990 = 100)

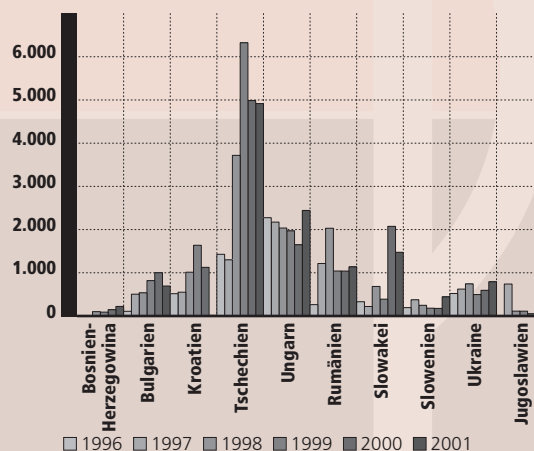


Quelle: WIIW

(Grafik 2)

Ausländische Direktinvestitionen 1996–2001

(basierend auf der Zahlungsbilanz, in Mill. USD)



Quelle: WIIW

Investieren in Serbien

Die Anziehungskraft Serbiens als Zielland für Investitionen aus dem Ausland ist eindeutig im Steigen begriffen. Der nunmehr erschienene „Investitionsleitfaden für Serbien“ stellt eine wichtige Erstinformation für Interessenten zur Verfügung.

Seit der Präsidentenwahl des Jahres 2000 ist die Bundesrepublik Jugoslawien wieder in das Blickfeld ausländischer Investoren gerückt. Diese Wahl stellte einen Wendepunkt in der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung dar. Die darauffolgenden innenpolitischen Änderungen waren auch der Wendepunkt in den außenpolitischen Beziehungen. Die neue politische Führung in der Bundesrepublik Jugoslawien bemüht sich nun erfolgreich, das Land wieder in die internationale Staatengemeinschaft einzugliedern. Auf der Grundlage der noch abzuschließenden Verfassung wird der gemeinsame Staat in „Serbien und Montenegro“ umbenannt werden. Die jeweils interne Wirtschaftspolitik der beiden Teilrepubliken wird zwar auch weiterhin separat gestaltet werden, aber das Ziel ist ein gemeinsamer Markt mittels Angleichung der Systeme an die EU-Standards.

Angesichts der unterschiedlichen rechtlichen Regelungen in Montenegro und in Serbien kann für die beiden Teilrepubliken derzeit kein gemeinsamer Überblick über die gesetzlichen Bestim-

mungen, welche für Investoren von Wichtigkeit sind, erstellt werden. Der vorliegende Investitionsleitfaden behandelt daher nur die gesetzlichen Regelungen in der Republik Serbien.

Serbiens Wirtschaft befand sich aufgrund der regionalen Konflikte in den 90er Jahren und der darauffolgenden internationalen Isolation zu Beginn des neuen Jahrtausends in einer äußerst schwierigen Situation. Die Wirtschaftsleistung betrug Ende der 90er Jahre weniger als 50 % jenes Wertes zu Beginn der 90er Jahre.

Bis zu diesem Wendepunkt im Jahr 2000 waren in den 90er Jahren Investitionen durch ausländische Investoren aufgrund der politischen Entwicklungen und der damit in Zusammenhang stehenden Sanktionen seitens der UNO und der EU kein Thema. Dies hat sich jedoch dank der Entwicklung

der letzten Jahre grundlegend geändert.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen erfahren permanente Verbesserungen. Bereits kurze Zeit nach der Wende wurden erfolgreiche Reformmaßnahmen eingeleitet, sodass sich die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren begann. So ist zum Beispiel die Etablierung eines funktionstüchtigen Bankensektors in vollem Gange. Einerseits sollen die Banken durch Restrukturierung und Rekapitalisierung auf gesunde Fundamente gestellt werden und gleichzeitig wurde der Markt für internationale Banken geöffnet. Die HVB Bank mit Sitz in Belgrad, eine Tochterbank der Bank Austria Creditanstalt, ist eines dieser internationalen Institute, das seit Dezember 2001 in Serbien und Montenegro tätig ist.

Der serbische Außenhandel zeigt seit Beginn des neuen Jahrtausends eine Auf-

wärtsentwicklung. Welch großes Potenzial in diesem Bereich steckt, zeigt ein Blick auf die Exportquote, die mit 18,1 % (2001) noch sehr gering ist. Auch liegt der Anteil des Handels mit der EU mit rund 40 % deutlich unter dem Durchschnitt der anderen Reformländer im CEE-Raum.

Die Investitionstätigkeit ausländischer Investoren befindet sich derzeit noch auf einer relativ niedrigen Basis. Per Ende 2001 belief sich der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen erst auf 1,3 Milliarden Euro (etwa 125 Euro je Einwohner), und damit liegt Serbien am unteren Ende einer Vergleichsliste aller CEE-Länder. Erfreulich ist aber die Dynamik der Investitionen: 2001 war der Zufluss mit 160 Millionen Euro bereits dreimal so hoch wie im Jahr zuvor.

Der wirtschaftliche Aufschwung sowie das gesamte Umfeld für Investitionen erlebt in Serbien eine dynamische Entwicklung. Der vorliegende Investitionsleitfaden kann daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Er bietet einen ersten Überblick; für detailliertere Informationen sowie Auskünfte über die aktuelle Weiterentwicklung nutzen Sie bitte die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme mit den bei den jeweiligen Kapiteln angeführten Ansprechpartnern.

Die Broschüre „Investitionsleitfaden für Serbien“ wurde von der Bank Austria Creditanstalt in Zusammenarbeit mit der Consultatio in deutscher und englischer Sprache erstellt und kann in Group Public Relations unter der Tel.-Nr. +43 (0) 50505 DW 56148 (Tonband) oder via E-Mail (pub@ba-ca.com) kostenlos bestellt werden. ■

Serbien und Montenegro – Ausgewählte Indikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %	Prognose		
	2001	2002	2003
BIP (real)	6,2	4,0	4,0
Industrieproduktion (real)	-2,4	1,5	2,5
Verbraucherpreise (Jahresdurchschnitt) in %	91,3	19,0	12,5
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	28,0	30,0	30,0
Budgetsaldo (in % des BIP)	-1,3	-5,7	-5,5
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) in Mio. EUR	-10,9	-12,8	-12,4
Ausländische Direktinvestitionen (Nettozufluss)	168	300	n.a.
Bruttoauslandsverschuldung (in % des BIP)	110,0	66,2	67,4
Importdeckungsquote (in Monaten)	2,7	4,0	5,0
YUM/EUR (Jahresdurchschnitt)	59,4	60,0	66,0

Quelle: WIIW, NBI, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Österreich

BIP/Entstehung					BIP/Verwendung				
real	1998	1999	2000	2001	real	2000	2001	2002	2003
								Prognose BA-CA	
BIP	3,9	2,7	3,5	0,7	BIP	3,5	0,7	0,7	1,4
Land- und Forstwirtschaft	7,7	3,3	-1,6	-0,7	Privater Konsum	3,3	1,5	0,4	1,4
Sachgütererzeugung u. Bergbau	4,7	3,0	6,5	1,3	Öffentlicher Konsum	0,0	-0,5	0,3	0,5
Energie- u. Wasserversorgung	3,3	3,9	-1,6	1,7	Bruttoinvestitionen	2,9	-4,0	-3,5	3,0
Bauwesen	3,9	1,3	1,2	-4,8	Ausrüstungen	11,8	-2,9	-5,2	3,7
Handel	4,3	3,0	3,6	-0,3	Bauten	1,2	-1,5	0,1	2,3
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,8	3,2	5,0	5,9	Exporte i.w.S	13,4	7,4	2,5	6,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	3,3	2,2	2,4	-0,9	Waren	13,5	7,4	3,0	6,0
Kredit- u. Versicherungswesen	3,1	-1,8	10,2	-0,5	Reiseverkehr	0,9	5,4	2,5	1,6
Realitätenwesen	5,7	3,9	6,0	4,3	Importe i.w.S.	11,6	5,9	-0,4	7,0
Öffentliche Dienste	1,9	1,9	0,8	-0,2	Waren	10,8	4,9	-1,1	6,2
Sonstige Dienstleistungen	3,1	-0,8	2,7	0,2	Reiseverkehr	4,5	5,1	1,8	1,5

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion ¹ Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
1997	7,2	2,3 ²	-0,1	-3,4	3.055,5	0,3	7,1	1,3
1998	9,0	2,2	2,6	1,5	3.076,6	0,7	7,2	0,9
1999	6,0	1,3	3,0 ²	1,6	3.107,9	1,0	6,7	0,6
2000	9,9	3,6	2,7	0,7	3.133,8	0,8	5,8	2,3
2001	0,2	-2,9	0,4	1,3	3.148,2	0,5	6,1	2,7
Jan 02	-2,3	-5,3	0,3	-1,4	3.065,9	-0,2	8,9	2,1
Feb 02	-4,0	9,9	0,7	5,2	3.084,0	0,0	8,5	1,9
Mrz 02	-3,0	-2,1	0,9	12,2	3.121,5	0,3	7,4	1,9
Apr 02	4,0	20,8	-1,3	-25,0	3.128,7	0,0	6,9	1,8
Mai 02	1,2	-2,5	-0,5	14,1	3.155,6	0,2	6,2	1,9
Jun 02	4,8	3,8	-0,7	-3,0	3.181,4	0,3	5,7	1,7
Jul 02	4,0	2,5	1,7	0,0	3.248,1	0,1	5,6	1,6
Aug 02	-1,9		0,5	0,4	3.230,8	0,3	5,8	1,9
Sep 02					3.196,1	0,3	5,8	1,6
Okt 02					3.175,9	0,4	6,3	1,8

1) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau / 2) Neue statistische Basis

Zinsen und Währungen

	22.11. 2002	3M-Geld in 3 Monaten	in 12 Monaten	22.11. 2002	10J-Benchmark in 3 Monaten	in 12 Monaten	22.11. 2002	Wechselkurs ... /Euro in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				4,6	4,1	4,7			
Euroland	3,1	2,9	2,9	4,5	4,0	4,6			
USA	1,3	1,7	1,8	4,1	3,6	4,6	0,99	1,01	1,02
Japan	0,08	0,10	0,15	1,0	1,2	1,6	121	120	122
UK	3,9	3,7	3,7	4,6	4,1	4,7	0,63	0,63	0,67
Schweiz	0,7	0,5	0,5	2,4	2,4	3,0	1,47	1,44	1,49

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

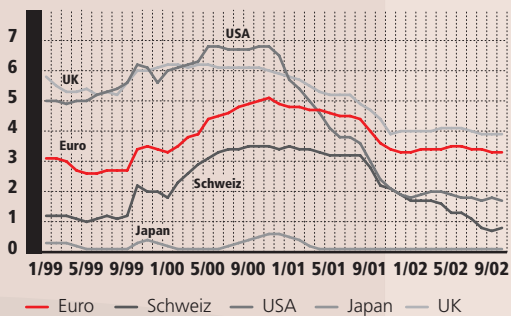
International

	BIP						VPI*					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	3,9	2,7	3,5	0,7	0,7	1,4	0,8	0,5	2,0	2,3	1,7	1,4
Deutschland	2,0	2,0	2,9	0,6	0,3	1,0	0,6	0,6	2,1	2,4	1,4	1,3
Frankreich	3,4	2,7	3,5	1,8	0,8	1,3	0,7	0,6	1,8	1,8	1,9	1,3
Italien	1,5	1,4	2,9	1,8	0,5	1,0	2,0	1,7	2,6	2,4	2,6	2,1
Euroland	2,9	2,8	3,5	1,5	0,7	1,3	1,1	1,1	2,3	2,5	2,2	1,6
USA	4,3	4,1	3,8	0,3	2,4	1,8	1,5	2,2	3,4	2,9	1,6	2,3
Japan	-1,1	0,0	2,1	-0,2	-0,8	1,1	0,6	-0,3	-0,6	-0,7	-1,0	-0,5
UK	2,6	2,3	2,9	1,9	1,4	2,3	2,7	2,3	2,1	2,1	2,1	2,3
Schweiz	2,4	1,5	3,0	0,9	0,0	1,0	0,0	0,8	1,5	1,0	0,6	1,0

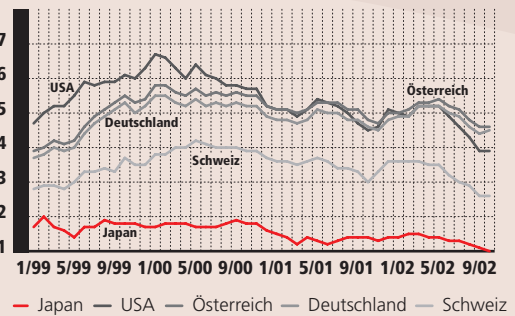
*) für Länder der Eurozone HVPI

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	-2,4	-2,3	-1,4	0,1	-1,6	-1,5	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-1,7	-1,4	-1,3	-2,8	-3,8	-2,9	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-2,7	-1,6	-1,3	-1,4	-2,9	-2,6	-	-	-	-	-	-
Italien	-2,8	-1,8	-1,5	-2,2	-2,3	-2,1	-	-	-	-	-	-
Euroland	-2,0	-1,2	-0,7	-1,4	-2,3	-1,8	0,7	0,4	-0,9	-0,1	0,1	0,2
USA	0,8	1,3	2,4	0,9	-1,9	-2,0	-2,5	-3,5	-4,5	-4,3	-4,5	-4,4
Japan	-5,0	-7,0	-7,4	-7,1	-8,0	-7,8	3,2	2,4	2,5	2,1	3,0	2,9
UK	0,9	1,2	1,8	0,8	-0,5	-0,6	-0,1	-1,2	-2,0	-2,1	-2,2	-2,7
Schweiz	0,1	-0,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	9,8	11,2	13,1	12,5	11,7	10,2

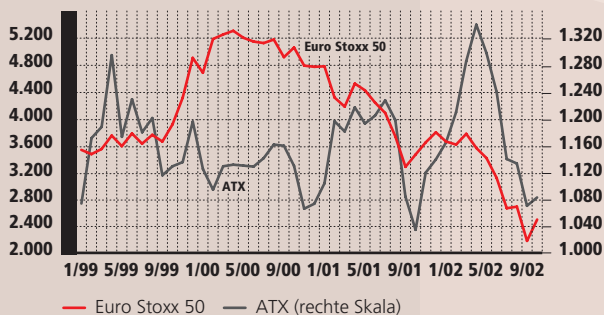
3-Monatsgeld



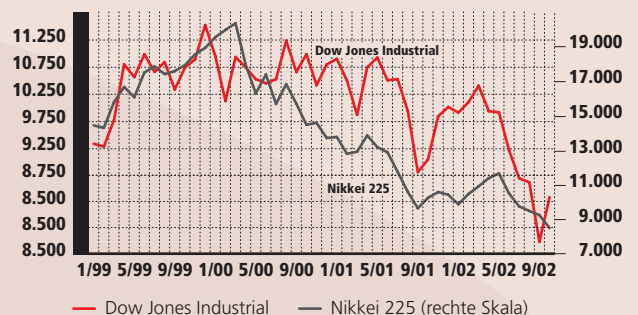
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Quelle: Nationale Statistiken, OECD, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	BIP						Industrieproduktion					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	1989 = 100 2001	1999	2000	2001	2002	2003	1989 = 100 2001
Bulgarien	2,4	5,8	4,0	3,5	4,5	82	-12,5	2,3	0,7	2,0	6,0	43
Kroatien	-0,4	3,7	4,1	3,8	3,6	90	-1,4	1,7	6,0	3,0	4,0	57
Polen	4,1	4,0	1,0	1,2	3,0	145	4,3	7,1	-0,2	1,1	5,0	131
Rumänien	-1,2	1,8	5,3	3,5	4,2	88	-8,7	8,7	8,2	5,0	7,0	47
Russland	5,4	9,0	5,0	3,7	3,9	69	8,4	11,9	4,9	3,5	5,0	48
Slowakei	1,3	2,2	3,3	3,7	3,2	107	-2,7	8,8	6,8	4,5	4,2	89
Slowenien	5,0	4,6	3,0	2,8	3,3	123	-0,5	6,2	2,9	2,5	4,0	80
Tschechien	0,5	3,3	3,3	2,2	2,8	102	-3,1	5,1	6,8	4,0	5,0	81
Ukraine	-0,4	5,8	9,1	4,0	3,3	47	4,3	12,9	14,2	5,5	4,0	57
Ungarn	4,2	5,2	3,8	3,4	3,6	112	10,4	18,3	4,1	3,0	4,5	136

	Privater Konsum						Bruttoanlageinvestitionen					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	...	5,2	2,0	0,8	3,7	3,5	22,9	25,3	8,2	19,9	12,0	10,0
Kroatien	-0,6	-2,7	4,1	4,6	4,5	3,0	3,0	-5,9	-3,5	9,7	4,5	4,7
Polen	4,8	5,2	2,6	2,8	2,2	2,0	14,2	6,9	3,1	-9,8	-4,0	8,0
Rumänien	-4,1	-4,5	1,7	7,5	2,7	2,6	-5,1	-10,8	5,5	6,6	7,0	9,0
Russland	-4,0	-4,4	9,3	8,7	4,0	4,5	-6,7	4,5	18,0	8,7	3,0	5,0
Slowakei	5,8	2,9	-1,8	4,0	4,1	3,2	11,0	-18,5	1,2	9,6	3,0	4,7
Slowenien	3,3	6,2	1,5	2,2	2,5	2,8	11,3	19,1	0,2	-1,9	3,0	4,0
Tschechien	-1,6	1,7	2,5	3,9	3,0	3,5	0,7	-1,0	5,3	7,2	1,4	6,0
Ukraine	-5,0	-3,3	4,0	7,5	4,5	3,5	4,8	2,9	6,5	8,3	6,0	5,5
Ungarn	3,8	4,6	3,3	4,3	7,5	5,2	11,4	5,9	6,6	3,1	6,0	4,0

	VPI						Arbeitslosenquote					
	<i>(in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	22,3	2,6	10,3	7,4	6,0	5,0	12,2	13,8	18,1	17,5	17,2	17,0
Kroatien	5,7	4,2	6,2	4,9	2,3	3,0	17,6	19,5	21,5	22,3	22,9	22,0
Polen	11,8	7,3	10,1	5,5	2,4	2,8	10,0	12,0	13,9	16,2	17,5	17,8
Rumänien	59,1	45,8	46,2	34,5	23,5	18,0	9,2	11,3	10,9	9,0	10,0	9,5
Russland	27,7	85,7	20,8	21,5	16,0	14,0	11,9	12,6	10,5	9,0	8,0	9,0
Slowakei	6,7	10,6	12,2	7,3	3,3	3,6	13,8	17,5	18,2	18,3	18,2	17,5
Slowenien	8,0	6,1	8,9	8,4	7,3	5,1	7,9	7,6	7,0	6,5	6,4	6,4
Tschechien	10,7	2,1	3,9	4,7	2,1	2,8	6,5	8,7	8,8	8,1	9,2	9,6
Ukraine	10,6	22,8	28,2	12,3	2,0	7,5	3,8	4,3	4,2	3,9	4,0	4,2
Ungarn	14,3	10,0	9,8	9,2	5,3	4,9	7,8	7,1	6,4	5,7	5,7	5,6

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	1,1	-0,9	-1,1	-0,9	-0,8	-0,8	-0,5	-5,3	-5,9	-6,5	-4,2	-4,3
Kroatien	-1,5	-7,1	-7,6	-4,9	-4,5	-3,8	-7,0	-6,9	-2,3	-3,2	-3,5	-3,4
Polen	-3,2	-3,2	-2,7	-5,2	-6,0	-5,7	-4,4	-8,1	-6,3	-4,0	-4,1	-4,1
Rumänien	-2,8	-2,6	-3,6	-3,5	-3,0	-3,0	-7,2	-3,8	-3,7	-5,9	-5,0	-5,0
Russland	-5,1	-2,9	3,0	3,1	1,0	0,2	0,2	12,9	17,9	11,3	7,2	5,1
Slowakei	-5,3	-3,6	-3,9	-4,8	-7,0	-5,0	-10,1	-5,7	-3,3	-8,6	-7,1	-5,6
Slowenien	-0,8	-0,6	-1,4	-1,4	-2,8	-0,9	-0,8	-3,9	-3,3	-0,4	0,0	0,0
Tschechien	-2,9	-1,6	-4,3	-5,2	-6,8	-8,5	-2,4	-3,0	-4,6	-4,7	-4,9	-5,2
Ukraine	-2,4	-2,3	-0,7	-1,5	-2,8	-2,3	-3,3	2,8	4,8	3,7	1,8	-0,2
Ungarn	-4,7	-3,4	-3,4	-3,3	-5,7	-4,0	-4,9	-4,4	-2,8	-2,2	-5,3	-4,8

	FDI-Zufluss						Auslandsverschuldung					
	<i>(in Mio. USD)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	546	478	752	413	600	750	88,9	88,0	93,4	78,0	64,5	56,8
Kroatien	627	1.259	738	817	800	800	44,1	49,0	57,8	55,2	57,7	53,9
Polen	5.989	5.797	8.315	5.000	3.000	4.000	37,6	42,4	44,1	39,0	40,0	40,4
Rumänien	2.100	1.029	1.018	1.137	1.100	1.500	25,6	28,9	29,8	31,6	31,9	28,9
Russland	2.761	3.309	2.714	2.540	2.500	4.000	61,9	83,3	54,0	42,8	36,5	32,4
Slowakei	252	711	1.920	1.500	3.800	1.500	58,5	52,1	54,9	55,1	49,8	43,7
Slowenien	131	68	133	338	500	450	25,3	27,4	34,3	35,8	34,9	30,6
Tschechien	3.591	4.347	3.703	4.824	6.887	5.130	43,6	43,1	42,0	38,2	31,9	27,9
Ukraine	747	420	450	769	400	500	43,6	61,5	54,3	44,2	40,5	36,7
Ungarn	1.456	2.612	197	727	768	1.030	58,0	60,6	66,0	64,3	58,5	56,9

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	22.11. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	22.11. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	22.11. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	6,7	5,2	4,5	5,9	5,7	5,7	4,0	3,9	4,2
Slowakei	5,6	5,5	5,0	5,2	5,4	5,5	41,4	41,0	40,5
Tschechien	2,7	2,8	3,0	4,2	4,2	4,6	30,7	30,6	30,3
Ungarn	7,9	6,5	7,0	6,6	5,9	6,1	236,9	234,7	242,0

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft